

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in L. eierich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Baur & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 811.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 19. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Die Simultanschulen.

Die Schrader'schen Aeußerungen über das Verhältniß der evangelischen Landeskirche zur Volksschule haben nach einer Seite hin bereits im gestrigen Leitartikel dieser Zeitung eine Beleuchtung erfahren. Es erübrigt uns heute noch, eine Anregung in anderer Richtung daran zu knüpfen.

Herr Provinzialschulrath Dr. Schrader beklagte in seiner großen Rede vom 25. Oktober betreffs der Simultanschulen namentlich den Uebelstand, daß in solchen Bildungsanstalten der Lehrer durch die ihm auferlegte Zurückhaltung gehindert sei, seinen Unterricht mit derjenigen Wärme und Hingebung zu erteilen, welche allem seinem Thum erst den wahren Segen zu verleihen vermag, und er führte Beispiele aus der preussischen Geschichte an, deren wirksamste Darstellung dem Lehrer in einer Simultanschule verkümmert, ja unmöglich gemacht sei.

Diese Behauptung hat den Schein für sich, aber auch nur den Schein. Wo ein Lehrer aus eigener kirchlicher Voreingenommenheit oder mit Rücksicht auf den nicht evangelischen Theil seiner Schüler sich schüht, oder wo er gar von seinen Vorgesetzten dazu angehalten wird, im Geschichtsunterricht z. B. den kirchlichen Standpunkt oder die religiösen Beweggründe des großen Kurfürsten oder Friedrich Wilhelm I. gebührend hervorzuheben und zu würdigen, da ist eben der Geist, in welchem die preussischen Simultanschulen gedacht werden müssen, noch unverstanden geblieben, das Amt nicht in die richtigen Hände gelegt. Die Simultanschule soll keine Vertuschungsanstalt historischer, noch heute lebendig wirkender Gegensätze sein, sie soll sie nur durch wahrheitsgetreue Darstellung auf ihren tatsächlichen Werth reduzieren und eben dadurch den richtigen deutsch-nationalen Geist fördern.

In dieser Hinsicht ist freilich vielfach gesündigt worden, zum Theil wohl aus Mangel an Verständnis für die allerdings sehr schwierige Aufgabe, welche dem Lehrer an einer Simultanschule überhaupt zugetheilt ist. Da die Simultanschulen aber nur die Ausnahme bilden, so dürfte es keineswegs schwierig sein, gerade für solche Anstalten eine Elite von Lehrern zu gewinnen.

Wo der Lehrer das Wesen der Simultanschule darin erblickt, daß auf Kosten der Wahrheit eine weiche Schonung aller Voreingenommenheiten maßgebend sein müsse, da allerdings wirkt dieselbe ähnlich wie die konfessionslose Schule in Holland; sie raubt unserer Nation geradezu die Wurzeln ihrer Existenz, indem sie die Jugend im Unklaren über die historischen Bedingungen derselben läßt.

Im Geschichtsunterricht, speziell in der Darstellung der Reformation, auch da wo Literaturgeschichte einen Gegenstand des Unterrichts bildet, ist eine solche farblose Darstellung geradezu eine Gefahr für die nationale Zukunft. Um richtig verstanden zu werden, sei hier wieder an einen Vorgang erinnert, dessen wir schon früher einmal an dieser Stelle gedacht haben. Aus einem schlesischen Geschichtslehrbuche wurde auf ultramontane Denunziation hin der Passus über Tegel's Ablasshandel kurzweg ausgemerzt. Ein solches Verfahren muß geradezu unbegreiflich erscheinen. Gerade die zwingende Nothwendigkeit, welche Luther und mit ihm damals fast die ganze deutsche Nation zur Losagung von Rom trieb, kam im Geschichtsunterricht nicht stark genug betont werden. So verlangt es einerseits die Wahrheit, andererseits die patriotische Aufgabe der Schule. Die Reformation als eine leichtfertige That oder gar als eine Folge der Heirathsge-lüste Luthers hinzustellen, ist ja ein ultramontanes Lieblingsmanöver. Eine über die wahren Motive derselben gellend in Unwissenheit gehaltene Jugend, von welcher nur der allerkleinste Theil späterhin sich eingehendere Geschichtskenntnisse zu erwerben in der Lage ist, wird hiedurch ultramontaner Heterie und Proselyten-macherei schutzlos preisgegeben oder zu einer schädlichen Indifferenz geführt. Eine derartige Wirkung fällt aber nur einer verkehrten Handhabung des Prinzips, nicht diesem selbst zur Last.

Dieses unansehnliche Prinzip ist in der Gesamtheit der Falk'schen Gesetzgebung verkörpert. Dieselbe hat der römischen Kirche gegenüber die Staatsouveränität wieder aufgerichtet und dadurch nicht einer bestimmten Konfession sich feindlich gegenübergestellt, sondern nur „den uralten Machtstreit zwischen Königthum und Priesterthum“, wie Bismarck sich einmal ausdrückte, zu einer gegenwärtigen Entscheidung gebracht. Sie hat der evangelischen Kirche eine dem protestantischen Grundgedanken der aktiven Mitbetheiligung der Gemeinde Rechnung tragende Verfassung gegeben, und sie hat endlich die Schule von den „mechanischen, naturwidrigen Forderungen der Rainer-Wähler'schen Regulative“, von den einseitig konfessionellen Schranken überhaupt, speziell aber von den Jesuiten und den vaterlandslosen Ordensverbindungen der römischen Kirche befreit.

Dieser Gesetzgebung entspricht es keineswegs, wenn man in den Schulen in allen das konfessionelle Gebiet streifenden Fragen dem Indifferentismus huldigt und Fünf gerade sein läßt, in

ihrem Sinne wird nur gewirkt, wenn der in den Simultanschulen herrschende Geist ein kräftig protestantischer ist.

Wir sagen dies kurz und scharf heraus und hören im Geiste auch sofort den Widerspruch, welchen diese Aeußerung hervorruft. Aber doch halten wir sie aufrecht, denn wir verstehen unter „protestantisch“ nicht ein bestimmtes Gebäude von Lehrmeinungen; da müßten uns ja die Orthodoxen, welche in dieser Hinsicht am Bestimmtesten auftreten, sympathisch sein, von denen wir doch glauben, daß gerade sie einem konsequenten Kampfe gegen Rom stets hinderlich waren, sind und sein werden, weil sie mit einem solchen sich stets in's eigene Fleisch schneiden müssen. Uns gilt als protestantisch schlechthin jener Geist, dessen Inhalt sich in die Worte „Los von Rom“ zusammenfassen läßt, und der mit religiösem Indifferentismus nicht das Geringste gemein hat; denn gerade der letztere wird am Wenigsten Geschmack an einer so entschiedenen Parole finden. Ebenso wenig freilich meinen wir das Wort im Sinne konfessioneller Rechthaberei.

Unter jener Parole ist ja keineswegs ein Schlachtruf gegen eine bestimmte Konfession zu verstehen; im Gegentheil, die Simultanschule soll in allen rein kirchlichen Fragen jede Parteinahme vermeiden. Um so unumwundener soll sie Stellung nehmen zu der politischen Frage.

Das muß in der Simultanschule sans phrase bekannt werden, daß der Kampf zwischen Papstthum und staatlicher Gewalt ein politischer ist; daß er dies im Mittelalter war, daß die Reformationsbewegung eine wesentlich politische Seite hatte, und daß der heutige Zustand der Dinge in Deutschland lediglich der vorläufige Abschluß jener Bewegung ist, welche schon am Ende des 15. Jahrhunderts begonnen hatte.

Es würde zu weit führen, wenn wir dies auch nur andeutungsweise ausführen wollten. Hierher gehört die Thatsache, daß schon von der oben genannten Zeit an die deutschen Fürsten strebten, Deutschland in römischen Reiche eine annähernd ebenso national abgeschlossene Stellung zu schaffen, wie England und Frankreich sie damals schon hatten; hierher die Thatsache, daß diese Bewegung dann hauptsächlich in dem Sinne fortgesetzt wurde, die politische Gewalt eines fremden Souveräns, des Papstes, innerhalb Deutschlands zu beseitigen. Daß der Kampf zwischen Staatsgewalt und Papstthum hauptsächlich in diesem Lichte zu betrachten ist, das wurde in England von erleuchteten Männern, wie z. B. David Hume, schon vor 100 Jahren offen ausgesprochen.

Hierher gehört vor allen Dingen die Thatsache, daß die brandenburgisch-preussische Macht ganz speziell auf dem Boden dieser Bestrebungen herangewachsen und schließlich an Habsburgs Stelle getreten ist, daß sie, wenn auch dem bereits vom großen Kurfürsten proklamirten Grundsatz der Toleranz getreu, nur in der siegreichen Fortsetzung dieser Bestrebungen bestehen und gedeihen kann.

Anderes müssen wir ganz unerwähnt lassen. Selbstverständlich können solche Dinge nicht eingehend in den Volksschulen gelehrt werden, aber die Lehrer, insbesondere in den Simultanschulen, müssen ganz von diesem Geiste durchdrungen sein, dann wird die Wirkung auf die Schüler gewiß nicht ausbleiben. Nur dann erfüllen die Simultanschulen ihren Zweck.

Freilich gehört dazu als unumgänglich notwendige Ergänzung das Recht des Staates, die Heranbildung der Geistlichen aller Konfessionen zu kontrolliren. Nur hiedurch wird eine Garantie geschaffen, daß wenigstens mit der Zeit eine Geistlichkeit heranreife, deren Einfluß nicht wieder zu zerstören trachtet, was die Schule gutgemacht.

Auch in diesem Punkte hat sich die Generalsynode der Falk'schen Gesetzgebung feindlich entgegengesetzt.

Die kirchlichen Gemeindevorstände, welche auf die Zusammenfassung der nächsten Generalsynode bekanntlich von großem Einfluß sein werden, finden, wie bereits öfter erwähnt, am Anfang des nächsten Jahres statt. Die Wahlberechtigten werden gut thun, sich zu überzeugen, ob ihre Namen in den Listen stehen. H. B.

Das russische Thronfolgerpaar in Berlin.

Wir entnehmen der „Post.“ folgenden Bericht:

Bei echt russischem Wetter, — denn es fielen mächtige Schneeflocken vom Himmel herab und zolthoch lag der Schnee in den Straßen der Residenz, — lief der gewöhnliche Zug, der größtentheils von den Reisenden, die von Wien kommen, zur Fahrt nach Berlin benutzt wird, allerdings dieses Mal mit einer Verspätung von reichlich 4 Stunden, um 9 1/2 Uhr gestern (Sonntag) Vormittag auf dem provisorischen Anhalter Bahnhof ein. In einem Salonwagen der österreichischen Staatsbahn, der dem Zuge eingefügt war, sah man an einem der Fenster den Großfürsten-Thronfolger Alexander-Alexandrowitsch im einfachen grauen Reiseanzug, einen niederen dunklen Hut auf dem Kopfe und mit brennender Cigarette so lange stehen, bis der Zug vor dem durch ein Spalier von Schutzeuten abgesperrten, mit Teppichen belegten Theil des Perrons vor dem königlichen Empfangszimmer zum Stehen gebracht wurde. Nachdem die Wagenbrücke an die Thür des Waggons angelegt und die zum Empfang befohlenen Herren, der Kommandant Graf v. Wartensleben, Polizeipräsident v. Madai, Polizei-Oberst Görlke, Kammerherr Freiherr

v. Romberg und Stallmeister Gebhardt mit dem russischen Botschafter v. Dubril an den Salonwagen herangetreten waren, entstieg der Großfürst seinem Wagen, begrüßte die Herren im Allgemeinen durch Abnehmen seines Hutes, reichte zuerst dem Botschafter v. Dubril, und nachdem dieser die kommandirten Herren vorgestellt, jedem einzeln die Hand und geleitete sodann seine Gemahlin, die Großfürstin Maria Feodorowna die Stufen der Brücke hinunter. Mit großer Anmuth begrüßte die Frau Großfürstin, die über einem dunklen Reisekleide einen prachtvollen langen Pelz von geschorenem Seehundsfell und eine eben solche Kopfbedeckung trug, die anwesenden Herren und reichte denselben ihre Hand zum Kuß. Nach einem kurzen Aufenthalt in den königlichen Empfangszimmern bestieg der Großfürst mit seiner Gemahlin den königlichen Gala-Stadtswagen und fuhr, gefolgt von den Equipagen des Botschafters und des Gefolges in das russische Botschafts-Palais. Unter den Linden, wo selbst bereits vor dem Portal ein Doppel-Ehren-Posten vom Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 im Parade-Anzuge schillerte. Im Vestibül des Palais wurden die großfürstlichen Herrschaften von den zum Ehrendienste kommandirten Offizieren, dem Generalleutnant von Brandenburg II. und dem Flügeladjutanten des Kaisers, Oberstleutnant v. Paradequitt empfangen, während eine Reihe von Krongardien in Parade-Uniform aus den Zeiten Friedrichs des Großen mit der Grenadiermütze auf dem Kopfe, Unteroffiziere vom Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1, und eben solche von der königlichen Leib-Gensd'armie, königliche Jäger und Laquaien zum Ordonanzdienst bereit standen. Im Botschafts-Palais bewohnten die Herrschaften die sogenannte Kaiserszimmer in der ersten Etage, die auf das prachtvollste mit blühenden Blumen und hohen Topfgewächsen ausgestattet sind. Heute, Montag Nachmittag, findet zu Ehren des Großfürsten ein Gala-Diner im königlichen Palais statt. Die Abreise ist, wenn nicht noch im Laufe des Tages andere Anordnungen erteilt werden, auf heute Abend 11 Uhr angesetzt. — Gegen 12 Uhr Mittags am gestrigen Tage fuhr der Kaiser, der die Uniform seines russischen Regiments und darüber das Band des höchsten russischen Ordens angelegt hatte, in einem Gala-Stadtwagen in das russische Botschafts-Palais, um daselbst den großfürstlichen Herrschaften seinen Besuch abzustatten. Großfürst Thronfolger Alexander, in der Uniform des Westpreussischen Ulanen-Regiments Nr. 1 und mit dem Bande des preussischen Schwarzen Adlerordens geschmückt, erwartete im Vestibül des Palais am Fuße der Treppen zwischen den rothbraunen Marmorsäulen, in Gegenwart des Botschafters v. Dubril, der einen einfachen Frack mit russischem Ordensstern angelegt hatte, den Kaiser, eilte ihm bei seiner Ankunft einige Schritte entgegen, umarmte ihn und küßte ihn mehrere Male. Nach einigen herzlichen Worten in deutscher Sprache geleitete der Großfürst den Kaiser die Stufen der Treppe hinauf und führte ihn in den blauen Empfangs-Salon zu der Frau Großfürstin, die den Kaiser gleichfalls in deutscher Sprache begrüßte. Die ganze Visite dauerte kaum 1/2 Stunde, worauf der Kaiser vom Großfürsten wieder bis in das Vestibül zurückgeleitet wurde und das Botschaftspalais verließ. Nach einander folgten sodann die königlichen Prinzen Karl, Friedrich Karl, Wilhelm und Georg, so wie die Frau Prinzessin Friedrich Karl in Galawagen auf und stiegen ihren etiquemäßigen Besuch bei den großfürstlichen Herrschaften ab, worauf diese zuerst gemeinschaftlich im königlichen Palais bei dem Kaiser und dann einzeln bei den königlichen Prinzen und Prinzessinnen die Besuche erwiderten. Zahlreiche Würdenträger, Generale u. s. w., unter denen man den General-Feldmarschall Graf v. Moltke, den Geh. Legationsrath v. Radowitsch, den Oberst-Kammerer Graf v. Nereb, den mit der Führung des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 beauftragten Flügel-Adjutanten des Kaisers Oberstleutnant von Winterfeld bemerkte, trugen im Laufe des Tages ihre Namen in die ausgelegten Listen ein. Um 5 Uhr fand im Speiseaal des königlichen Palais zu Ehren der großfürstlichen Herrschaften eine Familientafel zu 35 Gedecken statt. Vor der Mitte derselben saß der Kaiser in der Uniform seines russischen Infanterie-Regiments, zur Rechten die Frau Großfürstin. Zur Linken Großfürst Alexander in der Uniform seines westpreussischen Ulanen-Regiments Nr. 1, mit dem Orden pour le mérite geschmückt. Neben der Frau Großfürstin saß man Prinz Karl, die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, neben dem Großfürsten die Prinzessin Friedrich Karl, Prinz Wilhelm, den Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Prinz Friedrich Karl, Fürst Dolsen, die Palastdame der Kaiserin Gräfin Oriola, Botschafter v. Dubril, Graf Perponcher, Graf Dujew, die Gräfin Aprazin, den zum Ehrendienst kommandirten Generalleutnant Graf Brandenburg, die General-Adjutanten Graf v. d. Goltz, Graf Lehndorff u. s. w. Das Diner wurde in kaum einer Stunde servirt und sodann in dem Malachitzimmer unter größtentheils französischer Konversation der Kaffee eingenommen. — Um 5 Uhr findet heute (Montag) im runden Saal des königlichen Palais ein Diner von einigen 80 Gedecken statt, zu welchem die hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie mit Umgebung, der Großfürst Thronfolger von Rußland und Gemahlin nebst Gefolge und Ehrendienst, der Vice-Präsident des Staatsministeriums Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode und die aktiven Staatsminister der General-Feldmarschall Graf Moltke, die Generale der Infanterie und Kavallerie und die General-Adjutanten des Garde-Corps, sowie die Stabs-Offiziere des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments und der Kommandeure des Westpreussischen Ulanen-Regiments Nr. 1, dessen Chef der Großfürst-Thronfolger ist, Oberst-Leutnant Graf v. Bredow, der russische Botschafter v. Dubril, und der dänische Gesandte Baron v. Quaade mit ihrem Personal, der deutsche Botschafter Generalleutnant v. Schmeinitz, der Gesandte v. Radowitsch, der Hausminister Graf Schleinitz, Oberst-Kammerer Graf Nereb, Obergewand-Kammerer Graf Nereb, der General-Intendant von Hülßen, Polizei-Präsident von Madai u. geladen sind. Zu dem Diner erscheinen die Herren vom Militär im Parade-Anzuge resp. Regimentsuniform mit vorzugsweise russischem Ordensbande ohne Schärpe, die Inhaber russischer Regimenter in russischer Uniform mit Ordensband, die Herren vom Zivil en gala mit dunklen Unterkleidern und Ordensband, die Herren Minister in zweiter gestrichelter Uniform. — Von der Kapelle des Kaiser-Alexander-Regiments werden bei der Tafel folgende Musikstücke ausgeführt werden: 1. Ouverture zur Oper „La gazza ladra“. 2. Alexander-Walzer. 3. Finale des 1. Aktes aus „Lobengrin“. 4. „Am Meer“. 5. „Kaiser-Alexander-Marsch“. 6. Marsch aus der Oper „Das goldene Kreuz“. 7. Quartett aus „Rigoletto“. 8. Manzanilla, Scene aus der „Afrikanerin“. Gestern (Sonntag) Abends wohnten die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften der Vorstellung „Rienzi“ im Opernhause bei und nahmen auch gemeinschaftlich den Thee ein. — Prinz Wilhelm kam am Sonntag Nachmittag 2 Uhr von Potsdam nach Berlin und stieg gleich nach

er Anknüpfung dem Großfürsten-Thronfolger einen Besuch ab. Abends, nach dem Schluß der Opernvorstellung, kehrte derselbe wieder nach Potsdam zurück, von wo er heute Nachmittag wieder hier eintreffen wird.

Ueber den Kommunalsteuer-Entwurf

bringt die „Tribüne“ eine längere Betrachtung, der wir Folgendes entnehmen:

Der Vorwurf von altkonservativer Seite, daß der Gesetzentwurf wohl für große Städte, aber nicht für die einfachen Verhältnisse der Landgemeinden, namentlich in den östlichen Provinzen passe, erscheint im Ganzen durchaus unbegründet. Die drastischen Ausführungen des Herrn v. Mener-Arnswalde über die auf dem Lande üblichen Naturalleistungen lassen höchstens die Zustimmung der Selbstverwaltungsbehörden zur Verwandlung derselben in Geld nothwendig erscheinen, um die Nichtgrundbesitzer und sonstigen ärmeren Dorfbewohner so lange vor Ueberbürdung zu schützen, wie sie von allem Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten ausgeschlossen bleiben. Dem Grundsatz, Zuschläge zu den direkten Staatssteuern zur Hauptgrundlage des Gemeindehaushalts zu machen, kann man nur beistimmen. Auch die Regelung der Prozentsätze bei der Veranschlagung der verschiedenen Steuern nach Analogie der Kreisordnung erscheint angemessen; denn die in den Motiven dargelegte Reformbedürftigkeit der Gewerbesteuer steht der obligatorischen Veranschlagung derselben entgegen, doch ließe sich dies Bedenken überwinden, da ja eine Reform der Gewerbesteuer in nicht zu ferner Zeit beabsichtigt wird. Die endgültige gesetzliche Feststellung der weitgehenden Kommunalsteuer-Privilegien des Offizier- und Beamtenstandes, der Geistlichen und Kirchendiener, und die Ausdehnung derselben auf den ganzen Staat muß dagegen schwere Bedenken erregen, die dafür geltend gemachten Gründe treffen für alle nicht im Staats- und Kirchendienst mit festem Gehalt Angestellten zum Theil in noch höherem Grade zu, als für jene, welche pensionsberechtiget sind und bis zu einem gewissen Grad für ihre Witwen gesorgt sehen. Es wäre bei den vom Staate Besoldeten noch eher gerechtfertigt, wenn sie nach dem vom kaiserlichen Reichsfiskus ausgeprochenen Bedenken von der staatlichen Einkommensteuer befreit würden, als daß man den Gemeindefiskus in ihrem Interesse schwere Opfer zumuthet. Dürften die Gemeinden das Rentenkapital schärfer heranziehen, als das nicht aus Vermögen fließende, unfundirte Einkommen, so wären sie in der Lage, auch die Offiziere, Beamten, Geistlichen und Kirchendiener minder hoch zu besteuern. Den Vorschlägen des Entwurfs über die Heranziehung der Korsejen, namentlich Aktiengesellschaften, Bergwerke und des Fiskus zur Gemeindebesteuerung, die in vielen Orten durch die bisherigen Gesetze erschwert oder unmöglich war, ist im Wesentlichen zuzustimmen. Dagegen dürfte ein großer Theil der Gemeinden nicht in der Lage sein, die Staatsbahnen zu besteuern, wenn von der Art der Beschaffung des für die Staatseisenbahnen verwendeten Kapitals und dem Umfang der statgehabten Amortisation abgesehen und 4½ pSt. vom so berechneten Anlagekapital als Ausgabe in Rechnung gestellt werden soll. Bringen doch die jetzigen Staatsbahnen bei einem nach jenen Grundsätzen berechneten Anlagekapital von 1600 Millionen noch nicht 4 pSt., und von einer Besteuerung der jetzt anzukaufenden Bahnen könnte nach den Preisen der Verträge nicht die Rede sein. Auch hier erscheint es unbillig, daß die Gemeinden auf Einnahmen verzichten sollen, damit eine genügende Rentabilität der Staatsbahnen gesichert werde. Anders stünde es bei Zugrundelegung jener Berechnung des Eisenbahnministers, nach welcher die preussischen Staatsbahnen 7½ pSt. Rente von dem noch nicht amortisirten resp. nicht durch Anleihen aufgebracht Kapital abwerfen. Im Ganzen sind die Bestimmungen des Entwurfs so wenig idematisch, daß den hundertfach verschiedenen Verhältnissen kleiner Bauerndörfer und Ackerbauorte einerseits, Fabrikdörfer und Mittel- und Großstädte andererseits sehr wohl Rechnung getragen werden kann. Doch wird es kaum einen Ort geben, wo die nach dem Entwurf zulässige Heranziehung der Einkommen von 180–300 Mark zur Gemeindebesteuer nicht eine große Härte wäre. Die allgemeine Zulassung städtischer Schlachtsteuern hat selbst bei konservativen Männern wohlgegründeten Widerpruch gefunden. Die in Berlin und in schlesischen Städten gemachten Erhebungen beweisen, daß seit Aufhebung der Schlachtsteuer billigere Fleischsorten viel weiteren Kreisen der städtischen Bevölkerung zugänglich geworden sind, und daß in den

schlachtsteuerfreien schlesischen Städten die Fleischpreise auch relativ weit niedriger sind als in Breslau, wo man die Schlachtsteuer beibehielt. Etwas Anderes ist es, die Steuer in einigen großen Städten fortbestehen zu lassen, wo ihre Beseitigung den Gemeindefaustalt stark erschüttern könnte — deshalb ist ja auch die einstweilige Beibehaltung von Haus- und Miethsteuer in unserer Stadt zu billigen —, ein Anderes, vielen Städten die Anregung zur Abperrung vom platten Lande durch Oktrois zu geben, welche ein zahlreiches Aufsichtspersonal und damit bedeutende Erhebungsstellen erfordern und die Viehzucht schädigen. Genügende Berücksichtigung des Gebührenprinzips für die städtischen Leistungen im Schulwesen, für Gas, Wasserleitung, Kanalisation u. A. ist durch die Bestimmungen des Entwurfs in billiger Weise ermöglicht. Wir können nur mit dem Herrn Minister des Innern wünschen, daß die Vorlage nicht in der Kommission begraben werde, sondern, von einigen Mängeln befreit, endlich Annahme finde. Freilich würde dadurch keine Entlastung der Gemeinden im Ganzen erreicht. An die Ueberlassung eines Theiles von Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen ist ja in den nächsten Jahren noch nicht zu denken. Dagegen bietet die Regierung den Gemeinden neu einzuführende Steuern auf das Schankgewerbe und die Wanderlager. Erstere sollte ursprünglich im ganzen Staat 13 Millionen einbringen, dieser Betrag wird jedoch in der definitiven Vorlage wesentlich verringert. Ob der Branntwein-Verbrauch nicht durch höhere Besteuerung der Brennereien — den kleineren wird sogar durch den Kommunalsteuer-Gesetzentwurf Befreiung von der Gemeindesteuer gesichert — wirksamer vermindert würde als durch eine Schanksteuer, ist mindestens zweifelhaft. Die Ueberweisung derselben an die Kommunen wird viele der letzteren nicht eben williger machen, für die Einschränkung der Schankstätten einzutreten. Eine gerechte Vertheilung der Steuer erfordert scharfe Aufsicht, macht also bedeutende Erhebungsstellen und wirkt vielfach sehr belästigend für den betroffenen Geschäftsbetrieb. Weit freudiger begrüßen namentlich mittlere und kleinere Städte das Geschenk einer Wanderlagersteuer. In der That sind die Auswüchse dieses modernen Handelsweges so schädlich, daß man eine Beschränkung nicht beklagen kann.

Deutschland.

+ Berlin, 17. November. [Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Kulturkampf.] Die handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich nehmen gegenwärtig ihren Anfang. In wenigen Wochen läuft aus auch bereits der bestehende Meißelbegünstigungsvertrag ab, und es ist höchste Zeit, sich über das Verhältniß zu verständigen, welches nachher eintreten soll. Zur Vereinbarung eines neuen Vertrags wird wohl die Zeit bis Neujahr nicht mehr ausreichen; man wird sich zunächst mit einer einfachen Verlängerung des bestehenden Meißelbegünstigungs-Vertrags begnügen müssen und die dadurch gewonnene Zeit benutzen, um sich über eine definitive Regelung unserer Handelsbeziehungen zu Oesterreich zu verständigen. Seit Fürst Bismarck und Graf Andrassy in den berühmten wiener Konferenzen übereingekommen waren, daß die politische Annäherung zwischen den beiden Reichen als Ergänzung ein engeres Verhältniß auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen erfordere, sind über die Natur unserer künftigen handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich die verschiedenartigsten Vermuthungen aufgestellt worden, ohne daß es gelungen wäre, über die Absichten der leitenden Kreise in den beiden Reichen sichere Aufklärung zu erhalten, und auch heute noch ist es durchaus nicht zu überschauen, nach welcher Richtung sich die jetzt beginnenden Verhandlungen bewegen. Vielleicht stehen uns große Ueberraschungen bevor; vielleicht wird auch das Resultat der Verhandlungen ein sehr bescheidenes sein. Bekanntlich ist uns durch anderweite Verträge, namentlich durch die Klausel des frankfurter Friedens

mit Frankreich, die Möglichkeit entzogen, Oesterreich besondere Zollkonzessionen zu machen, die den anderen Vertragsstaaten nicht ebenfalls zu gut kommen, und daß die Neigung besteht, zu allgemeinen Zollherabsetzungen jetzt schon wieder zu schreiten, nachdem der neue Zolltarif kaum in's Leben getreten ist, wird man nicht voraussetzen können; ebensowenig wird man annehmen können, daß die beiden Reiche sich die kaum erlangte Zollautonomie wieder durch neue Konventionaltarife beschränken lassen mögen. Der Kreis dessen, worüber man eine Verständigung bei den jetzigen Verhandlungen voraussetzen kann, wird danach ein ziemlich eingegrenzter, und man wird auf alle Fälle gut thun, sich allzu großen Erwartungen nicht hinzugeben. Gleichwohl aber wird man die Ankunft der österreichisch-ungarischen Unterhändler mit aufrichtiger Genugthuung begrüßen. Die zur Herrschaft gelangte volkswirtschaftliche Richtung hat in der schutzöllnerischen Abperrung der Grenzen das Heil der Völker erkannt; wenn man jetzt wieder nach Erleichterungen des Handels und Verkehrs zwischen Deutschland und dem für uns wichtigsten Nachbarlande sucht, so können wir darin nur eine Rückkehr zu den besseren Traditionen der Vergangenheit erblicken. — In den Kommissionen des Abgeordnetenhauses wird wohl der „Kulturkampf“, der in dieser Session noch kaum berührt worden, demnächst entbrennen. Eine Reihe von Petitionen und die verschiedenen Positionen des in die Budgetkommission verwiesenen Etats des Kultusministeriums werden reichlich Gelegenheit bieten, die brennenden Fragen aus dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik zur Sprache zu bringen. Das Zentrum muß freilich auf der einen Seite wünschen, die schwebenden Verhandlungen mit der Kurie nicht durch unzeitig mäßiges Zwischenreden zu durchkreuzen, auf der andern Seite aber ist es auch nicht zu vermindern, wenn diese Partei des ewigen Hinhaltens und Temporisirens nachgrade müde wird und mit Ungeduld das Resultat der Verständigungsversuche kennen zu lernen wünscht. Ebenso dringend muß es der Wunsch der Liberalen sein, das Dunkel, welches über den Grundfragen und letzten Zielen des damaligen Leiters des Kultusministeriums und über den Ausichten einer Verständigung mit dem Ultramontanismus schwebt, baldmöglichst aufgeklärt zu sehen. Ob für eine Reaktion auf kirchenpolitischem Gebiete in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhause eine Majorität zu finden ist, das wird davon abhängen, in welchem Maße in der jetzt vereinigten konservativen Partei die Grundsätze der Altkonservativen diejenigen der Neukonservativen unterdrückt haben und die letzteren ihre alten Traditionen verleugnen. Großen Erwartungen geben wir uns in dieser Beziehung nach der konservativen Fusion nicht hin. Man wird in den Kreisen der ehemaligen Neukonservativen, die an der Falschen Gesetzgebung selbst mitgearbeitet haben, leider nicht viel Neigung mehr voraussetzen dürfen, die Angriffe gegen diese Gesetzgebung abzuwenden zu helfen. Die kirchenpolitischen Fragen sind der Angelpunkt unserer ganzen innern Situation; man wird daher den, wenn auch zunächst nur in einzelnen Kommissionen, bevorstehenden Auseinandersetzungen darüber mit nicht geringer Spannung entgegensehen dürfen.

△ Berlin, 17. November. [Tariffage. Orthographie. Eisenbahnen. Marine.] Der Reichskanzler hat dem Bundesrath Vorschläge zugehen lassen zur Feststellung der Tariffage für diejenigen Waarengattungen, bezüglich deren das Tariffgesetz am 1. Januar 1880 in Kraft treten soll.

Sinfonie-Konzert.

Unter solistischer Mitwirkung veranstaltete am Montag Herr Nothe sein zweites diesjähriges Sinfonie-Konzert, dem es vor allen Dingen zur Zierde gereichte, daß Herr Louis Lübeck, königl. Kammer-Virtuos Sr. Majestät des Königs der Niederlande, durch seine Vorträge auf dem Violoncell die Sinne der Zuhörer zu fesseln wußte, dann aber auch, daß durch eine reiche Anzahl von Novitäten das Interesse wesentlich gefördert wurde. Herr Lübeck spielte mit Orchesterbegleitung ein Konzert für Violoncell von Molique und eine Fantasia über Motive aus der Oper „Die Regimentstochter“ von dem Violoncell-Virtuosen Servais komponirt.

Während Molique's stylvoll und edel gehaltene Komposition, die dem Instrument Vieles, aber nie zu Viel zumuthet, Herrn Lübeck's Spiel und Manier nach der tieferen und inneren Seite hin auf das Vortheilhafteste dokumentirte, gab die mehr im virtuos Sinne gehaltene und nach der technischen Schwierigkeit lechzende Fantasia eines eigenen hervorragenden Meisters des Instrumentes Hrn. Lübeck Gelegenheit, auch nach der virtuos Seite hin in Läufen, Gängen, Sprüngen und fleißiger Handarbeit dicht am Stege, wo das Cello aufhört und die Violine ihr kümmerliches Scheindasein fristet, viel Künstliches, Ueberraschendes und auch Wohlthuendes zu zaubern. Wir wollen der Gewandtheit und der stiellemweise perlenden Firigkeit des Spielers weder ihren Werth noch ihre hörbare Wirkung freitrag machen, erinnern uns aber mit doppelter Freude der schönen Wiedergabe des Konzertes von Molique, mit seiner feinen Charakteristik für das behandelte Instrument und seiner musikalisch werthvollen Gestaltung durch Herrn Lübeck.

Das Konzert eröffnete die Konzert-Ouverture Op. 2 A-dur von Julius Rietz, es ist eine der bekanntesten Kompositionen des im Jahre 1877 verstorbenen königlich sächsischen Hofkapellmeisters, der, in Düsseldorf und später auch in Leipzig ein Nachfolger Mendelssohn's, auch seines Geistes Hauch verpflücht hatte.

Von Jensen kam ein „Wiegenlied“ für Streichquartett, Holzblasinstrumente und Horn zur Ausführung, ein Stück voll dichter Poesie und von zarter, inniger Struktur.

Den würdigen Schluß des Konzerts bildete „Ländliche Hochzeit“, Sinfonie in 5 Sätzen von Goldmark. Goldmark ist als Komponist der „Königin von Saba“ ein in neuester Zeit viel genannter und gefeierter Name, dessen glänzende Instrumentationsweise allseitig anerkannt wird.

Sie leuchtet auch aus dieser Komposition überzeugend heraus.

Streiten könnte man nur um die Bezeichnung „Sinfonie“ und um die Programmtitel des Ganzen, sowie seiner einzelnen Theile. Wie sich das Werk überhaupt mehr der Form der Suite nähert, so find auch die Titel der einzelnen 5 Sätze: Hochzeitsmarsch, Brautlied, Serenade, im Garten und Tanz nach dem, was die Musik wirklich bietet, zu harmlos und zu konventionell. Der Genius dieser Musik spottet der Vorstellungen, die man sich von einer „ländlichen Hochzeit“ macht, der enge Rahmen ist von der Tonfülle weit übertroffen. Hält man sich an die Bezeichnungen Variationen, Intermezzo, Scherzo, Andante, Finale, so wird die geschäftige Fantasia des Zuhörers sich bei ihren musikalischen Spekulationen ganz andere Vorstellungen bilden, weit ab von der harmlosen Poesie des Landlebens. Die Variationen, die von den Bass und Cello sich das einfache Thema vortragen lassen, entwickeln mehr und mehr sprühende Fantasia und klangvolle Kombinationen. Das Andante (im Garten) drängt den musikalischen Kalkül nach einer Vorstellung wie „Faust und Gretchen“. Die funkreiche und farbige Instrumentation scheint uns namentlich in der Serenade am ausgeprägtesten.

Die Wiedergabe der Sinfonie durch die Kapelle, deren Vorträge namentlich im 4. Satz gipfelten, war eine wohlthuende und befriedigende, die Aufnahme seitens des Publikums eine empfindliche und warme.

Berliner Briefe.

Noch wissen wir nicht, ob wir in Zukunft, wie bisher, auf gemischten, oder auf reinen Staatsbahnen fahren werden. Im letzteren Falle hätte vielleicht Herr Professor Vischer Aussicht auf Erfüllung seines sehnlichsten Wunsches. Jedem Zuge würde ein Schutzmann beigegeben, der darauf zu achten hätte, daß es sich um Gottes Willen kein Fahrgast auf dem gegenüberliegenden Polster mit den Füßen bequem macht. So sorgte der Staat, mit Schiller zu reden, für die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechtes. Ob freilich ein solches Staatsbahnsystem angenehm wäre, ist eine andere Frage. Indessen auch die Privatbahnen haben ihre Schattenseiten, wie wir dies zur Genüge an unseren Pferdebahnen studiren können. Endlich nach jahrelangen Kämpfen ist es Magistrat und Polizei gelungen, die Einrichtung zu beseitigen, wonach Sonntag Nachmittags auch für die kleinste Theilstrecke das ganze Tourgelb bezahlt werden mußte. Der 16. war der erste Sonntag, an welchem dieser Tribut nicht mehr vom Publikum erhoben wird. Aber ein tiefer Groll brütet deshalb im Herzen der Direktion. Bereits am 7. sollte die neue

Strecke bis zum Potsdamer Platz eröffnet werden. In dem eingereichten Fahrplane hatte die Polizei die Bestimmung gestrichen, wonach man den letzten Sonntag auch auf dieser neuen Strecke ausreiten wollte. Was that die Direktion? Die Schilder „Schöneberg, Potsdamer Platz“ verschwanden wieder von den Wagen, die neuangestellten Kondukteure und Rutscher bekamen Feten, und es ward in aller Form gestreift. „Des Prinzipes halber“, wie die Direktion versicherte. Erst am Mittwoch ließ sie Gnade für Recht ergehen und gestattete gütig, bis zum Potsdamer Plaze zu fahren.

Wenn Direktionen schon so empfindlich sind, kann man es da der Börse verdenken, daß sie über Herrn Maybach's „Gistbaum“ in Aufregung gerathen ist? Ob ihr freilich die tugendhafte Entrüstung besonders gut sieht, ist eine andere Frage. Herr Vasker sprach seiner Zeit nicht mit viel mehr Respekt von der Börse. Daß sie nicht nur nützliche Früchte trägt, wird ihr selber klar sein. Man blide nur nach Frankreich. Ein Früchtchen wie Philippart wird man kaum unter die Kategorie der Nützlichen rechnen können. Nun, wir verfügen allerdings nicht über so abenteuerliche Charaktere, wie jener Belgier es war. Herr Strousberg z. B. ist ein durchaus nüchterner Herr und sein kleines Journal, abgesehen von einzelnen verschämten Sensationsbeispielen, von einer so soliden Langweiligkeit, wie sie einem Familienvater Ehre macht. Nun, die Börse wird sich wohl nach und nach wieder beruhigen. Was nützt auch die Aufregung?

Sie nehme sich ein Beispiel am Publikum unseres Schauspielhauses. Ihre Leser haben bereits aus einer kurzen Notiz erfahren, zu welchem Theaterfandale die Novität „Eine Ehe von Heute“ Anlaß gegeben hat. Bereits am anderen Morgen war das Publikum von einzelnen Rezensenten abgezankelt, daß es sich so unhöflich gegen eine Dame — das Stück rührt bekanntlich von einer Dame her — betragen. Es dauerte nicht lange, so erschien auch eine Enzyklika des Generalintendanten, in welcher er dem Publikum seine Demonstrationen verwies und sich ritterlich der Verfasserin annahm. Schon manches Drama sei am ersten Abend durchgefallen, das heute noch auf dem Repertoire liege. Was blieb da zu thun? Als die „Ehe von Heute“ zum zweiten Male gegeben wurde, war fromme Zucht und Sitte in die heiligen Hallen des Schauspielhauses eingekehrt und man klatschte auf's Artigste. Zu einer dritten Aufführung ist es leider noch nicht gekommen und man kann daher nicht sagen, ob die Besserung eine nachhaltige ist. Uebrigens hat wohl Jeder Mitleid mit der unglücklichen Verfasserin geh abt. Man

Danach empfiehlt es sich, als Taravergütung zu gewähren für Gegenstände, bei welchen zwar nicht in den Tarif von 1873, aber in früheren Tarifen eine solche Vergütung vorgeschrieben war, die diesen Artikeln zuletzt bewilligten Sätze; für Gegenstände bei welchen entweder in früheren Zolltarifen eine Tara überhaupt nicht zugestanden war oder doch in Folge der veränderten Tarifierung eine Modifikation des bisherigen Prozentsatzes geboten erscheint, die Sätze für diejenigen Waaren, mit welchen jene Gegenstände ihrer Beschaffenheit und Verpackung nach die nächste Verwandtschaft haben; für alle übrigen Gegenstände die im bisherigen Zolltarif enthaltenen Prozentsätze. — Die Firma Breitkopf und Härtel in Leipzig hatte unterm 20. Oktober an den Kultusminister die Mittheilung gerichtet, daß eine Anzahl von Buchdruckerfirmen über die zuzuhaltenden Grundsätze der deutschen Orthographie übereingekommen sei. Zugleich hatte die genannte Firma das Orthographische Hilfsbuch des Professors Sanders als Leitfaden bezeichnet, dem die vereinigten Buchdruckerfirmen zu folgen übereingekommen seien. Der Kultusminister hat nun unterm 12. d. der Firma Breitkopf und Härtel erwidert, daß er sich außer Stande sehe, im Bereich der preussischen Unterrichtsverwaltung die Bestrebungen der vereinigten Firmen zu fördern und zur Geltung zu bringen. Die preussische Unterrichtsverwaltung habe in der Regelung des orthographischen Schulunterrichts sowohl vor der orthographischen Reichskonferenz als nach derselben diejenigen Grundsätze als maßgebend eingehalten, welche der verstorbene Professor Rudolf v. Raumer durch seine Arbeiten festgestellt habe. Dem entsprechend habe die im Jahre 1871 von erfahrenen Schulmännern Berlins auf Grund der Raumer'schen Abhandlungen verfaßte Schrift: „Regel- und Wörterverzeichnis für die deutsche Orthographie“ mit Genehmigung der Unterrichtsbehörde eine in stetiger Zunahme begriffene Ausarbeitung an den höheren Schulen Preussens erhalten. Diese bereits von dem Ministerial-Rath befolgten Grundsätze festzuhalten, finde sich der Kultusminister um so mehr bestimmt, als in Oesterreich und Baiern dieselben Grundsätze zur Annahme gelangt sind und also Hoffnung vorhanden ist, daß in nächster Zeit über einen weiten Bereich im gesammten Schulunterricht eine gleiche der schein Orthographie zur Geltung gelangt sein wird, und zwar eine solche, welche in den gebildeten Kreisen außerhalb der Schule Niemand als fremdartig empfinden oder im eigenen Schreibgebrauch abzulehnen veranlaßt sein dürfte. Diese glücklich angebahnte Einigung dürfe nicht durch Einführung einer abweichenden Orthographie in den Schulbüchern gefährdet werden. Der Kultusminister stellt deshalb der genannten Firma anheim, die vereinigten Druckerfirmen zur Erwirkung zu veranlassen, durch Eingehen auf die für den Schulunterricht im weiten Bereich angenommene Orthographie zur Ausbreitung derselben außerhalb der Schule einen gewichtigen Beitrag zu geben. — Eine im Reichs-Eisenbahnamt angestellte Vergleichung der von demselben veröffentlichten Nachweisung über die Tödtungen und Verletzungen auf den deutschen Eisenbahnen im Jahre 1878 mit der durch das Board of Trade dem englischen Parlament vorgelegten Uebersicht über die Unglücksfälle auf den englischen Bahnen in demselben Jahre ergibt, daß in Deutschland bei einer Betriebslänge von 26,868 Kilometer 1641 Personen verunglückten (400 todt, 1241 verletzt), in England bei einer Betriebslänge von 27,931 Kilometer 5000 Personen (993 todt, 4007 verletzt). Darunter befanden sich in Deutschland 88

Passagiere, 1274 Bahnbeamte und 279 fremde Personen, in England 1877 Passagiere, 2547 Bahnbeamte und 576 andere Personen. Durchschnittlich verunglückten in Deutschland je 1 Passagier von 2,058,988, in England je 1 Passagier von 301,025. Bei Beurtheilung der für die englischen Bahnen ungünstigen Verhältnisse ist zu berücksichtigen, daß dort ein viel stärkerer Verkehr ist und daß in England bei geringer Mehrlänge der Bahnen im Jahre 1878 565,024,455 Passagiere und 206,735,556 Tonnen Güter befördert wurden, in Deutschland nur 181,190,918 Passagiere und 125,361,468 Tonnen Güter. Desungeachtet ergibt die Vergleichung, daß der Eisenbahnbetrieb im Jahre 1878 in Deutschland mindestens ebenso sicher gewesen ist, wie in England. Die im Ganzen geringe Zahl der schweren Unfälle wird als ein günstiges Zeugniß für die Betriebsführung auf den deutschen Eisenbahnen bezeichnet werden können. — Nach der von der Admiralität angefertigten Nachweisung über die in der ersten Hälfte des Monats November stattgehabte Bewegung der Schiffe der deutschen Marine wurde das Kanonenboot „Drache“ am 6. November in Wilhelmshaven, Kanonenboot „Komet“ am 8. November in Kiel außer Dienstgestellt. „Albatros“ befand sich auf der Heimreise begriffen in Sidney; „Bismarck“ ebendasselbst; „Cyclop“ in Hakodate; „Fregat“ in See nach Montevideo; „Hansa“ in Callao; „Gyane“ in See nach Montevideo; „Coreley“ in See von Smyrna aus; „Luise“ auf Tschifu-Khede; „Medusa“ in See nach Demarara; „Nautilus“ in Sidney; „Prinz Adalbert“ in Yokohama; „Vineta“ in See nach Madeira; „Wolf“ in Tschifu.

— Zur Feier der Ankunft des Großfürsten-Thronfolger in Berlin bringt gestern die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Beirartikel, in welchem die — Nothwendigkeit der deutsch-österreichischen Allianz nachgewiesen wird. Als Ausgangspunkt zu dem Artikel nimmt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Pariser Brief der „Times“, in welchem angenommen wird: einmal, daß es in Frankreichs Interesse gelegen hätte, eine Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich zu hindern, und zweitens, daß Graf Bogué, wenn er noch französischer Botschafter in Wien gewesen wäre, diese Verbindung persönlich geleistet haben würde. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ antwortet darauf unter Anderem:

„Wenn die „Times“ annehmen, daß in Rußland panslawistische Politik getrieben wird, so müssen sie auch daraus die weitere Folgerung ziehen, daß Oesterreich-Ungarn, wenn es überhaupt Politik treibt, gegen diesen Panslawismus Dedung sucht, denn die Verwirklichung der Zwecke dieses letzteren ist gleichbedeutend mit der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, in welcher fast 20 Millionen Slaven leben. Oesterreich-Ungarn wird seine Sicherheit gegen solche feindliche Bestrebungen hauptsächlich in seiner eigenen Macht und in der Anhänglichkeit auch seiner slavischen Völker an die angestammte Dynastie finden. . . . Frankreich hat von Rußland direkt gar nichts zu fürchten; es könnte jede Schwächung, vielleicht sogar die Zerlegung der österreichisch-ungarischen Monarchie unter Umständen vertragen; es wäre nicht wie Deutschland durch den Schaden Oesterreichs mitbedroht und mitbetroffen, und nicht wie Deutschland geographisch in der Lage, die Schädigung Oesterreichs mitzuerleben und wirksam zu verhindern. Kurz, Frankreich wäre für Oesterreich-Ungarn gegen den Panslawismus nur ein solcher Bundesgenosse, der niemals nach Maßgabe seiner vollen Macht wirksam, wohl aber sehr gefährlich für Oesterreich hätte werden können, weil ihm die Gleichheit der Interessen gegenüber der abzumahnenden Gefahr durchaus fehlt. . . . Wir sind hiernach der Meinung, daß es für die Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen ganz gleichgültig war, ob sich Graf Bogué oder Herr Teisserenc de Bort als französischer Botschafter in Wien befand und daß in einem Lande, wie Oesterreich-Ungarn, welches sich

einer freien Verfassung und einer öffentlichen Verhandlung seiner wichtigeren Interessen erfreut, auch der lebenswürdigste und geschickteste Botschafter den Gang der Geschichte nicht aufhalten und den Bedürfnissen der Nationen den Weg der natürlichen Entwicklung nicht zu sperren vermag. Wer das Gegentheil annimmt, lebt mit seinen Gedanken noch im Jahrhundert des Absolutismus und der heimlichen Kabinetsintriquen.“

Wenn, so bemerkt hierzu das „B. Ztbl.“, der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur eine Antwort auf die Mittheilungen der „Times“ sein soll, so hätte diese Beantwortung wohl kaum an Werth verloren, wenn ihre Veröffentlichung bis nach der Abreise unserer hohen russischen Gäste aufgeschoben wurde. Im Augenblick hat sie aber fast den Anstrich einer Demonstration, welche vielleicht von Neuem der Welt beweisen soll, daß die Wiener Abmachungen keine heimlichen Kabinets-Intriquen zu fürchten haben.

— Der „Kulturkampf“ wird in dieser Landtags-Session zumeist hinter den Coulissen, d. h. in der Budget-Kommission geführt werden; im Plenum wird das Zentrum die friedliche Haltung, welche die Fraktion jetzt zur Schau trägt, vorläufig nicht aufgeben. Die Regierung soll in vollem Umfange erfahren, wie es sich unter der „angenehmen Temperatur“ lebt, wenn sie die Ultramontanen auf ihrer Seite hat. Scheitern die Unterhandlungen mit Rom, so würde schon im Reichstag die alte Tonart wieder angeschlagen und der Regierung der Verlust der neuen Bundesgenossenschaft nahe gebracht werden. Zunächst werden die Ultramontanen in der Budget-Kommission den Alt Katholiken den Garaus zu machen suchen; sie fordern Streichung des Gehalts für den altkatholischen Bischof und Verfassung der Mitbenutzung katholischer Kirchen seitens der Alt Katholiken, — mit welchem Erfolge, wird abzuwarten sein.

— Die Meldung eines berliner Blattes, nach welcher die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses die bekannte elbinger Petition wegen Erhaltung der dortigen Simultanschule mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt hätte, wird als unrichtig bezeichnet. So schnell gehen die Dinge denn doch nicht vorwärts, obschon es wahrscheinlich ist, daß die jetzt bereits als Thatsache gemeldete Abstimmung sich schließlich vielleicht entsprechend gestaltet. Bei der Zusammenkunft der Kommission ist ein solches Resultat wohl vorauszuweisen; jedenfalls wird aber die Petition Gelegenheit bieten, die ganze Angelegenheit der Simultanschulen zu erörtern, woran sich voraussichtlich auch der Kultusminister zur Darlegung seines Standpunktes betheiligen wird.

— Die mit 1448 Unterschriften versehene Petition des Klerus der Erzdiözese Köln an den Kultusminister ist bereits in den Händen des Adressaten. Das umfangreiche Aktenstück knüpft an die Zusicherung des Herrn von Buttler an, in den zu seiner Kenntniß gebrachten Fällen auf Beschwerden der Geistlichkeit hin nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen, und fordert zunächst für die Kirche die „freie Vertretung des Religionsunterrichtes in der Volksschule.“

— Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Magdeb. Ztg.“ die Aufforderung eines Geistlichen aus der Provinz Sachsen an seine Amtsbrüder, gegen die unprotestantischen Beschlüsse zu protestiren, welche die General Synode durch Annahme der auf Unterdrückung und

nun erte sich nur, daß das Schauspielhaus sich zu einem solchen Experimente hergegeben, während es doch sonst so spröde ist und selbst mit dem Schillerpreise gekrönte Dramen, wie Kissels „Agnes von Meran“, dem Nationaltheater überläßt.

Eins ist gewiß: die Damen können sich in diesem Augenblicke nicht über Mangel an Berücksichtigung beklagen. Wohin man blickt, sieht man das schönere Geschlecht im Vordertreffen. Die arme Antonie Gadenthal hatte eine Niete gezogen. Adeline Patti zieht dafür jedesmal das große Loos. In Bezug auf die Einnahmen, in Bezug auf den Beifall, in Bezug auf den Enthusiasmus, der sich aller Herzen bemächtigt, sobald nur ihr Name genannt wird. Was könnte die Patti alles Gutes thun, wenn sie wollte! So richtete neulich ein Schlächtermeister die Bitte an sie, sie möge doch nur eine halbe Stunde in seinem Laden Wurst verkaufen, dann werde er aus seinen bedrängten Geldverhältnissen herauskommen und ein reicher Mann werden. Leider hatte die Diva gerade die O-der-Konleiter zu üben und konnte dem Wunsche jenes Mannes nicht entsprechen. Traurig bei der Sache die Kleinheit des Opernhauses. Sie bringt es mit sich, daß die Einwohner von Berlin in zwei Klassen zerfallen: solche, welche die Patti gehört haben und solche, welche sie nicht gehört haben. Letztere müssen sich eben mit anderen Genüssen trösten. Wie schon bemerkt: die holde Weiblichkeit feiert an vielen Orten Triumphe. In der „Walhalla“ z. B. — Wiß Wanda heißt die Unerlöschene am Trapez. In Quarg's Vaudeville-Theater präsentirt sie sich endlich emancipirt: die junge Dame nimmt ein geladenes Kanonenrohr auf die Schultern und läßt es hier ohne zu zittern abfeuern. „Selbst in meinen schönsten Träumen“, sagt der Dichter, „sah ich niemals solche Schultern. Wenn sich ein Liebhaber schmachtend dranlehnt, hat er jedenfalls einen festen Halt. Wieder in anderer Gestalt tritt uns Eva's Tochter in der neu eröffneten Menagerie des Mr. Rice (eines Schwagers des bekannten Hagenbeck) entgegen. Schon seit Wochen tauchten dann und wann an den Zettelsäulen kleine Zettelchen mit der Inschrift: „Die schwarze Helene“ auf. Man zerbrach sich den Kopf über dieses Räthsel. Allerdings spricht man schon seit lange von einem Pariser Ausstattungsstücke, welches am Viktoriatheater gegeben werden soll und in welchem eine Schwarze die Hauptrolle spielt. Man weiß, daß Direktor Hahn bereits große Vorbereitungen trifft. Nicht nur sind eine Menge tüchtiger neuer Künstler für jene Novität engagirt, sondern sogar eigene Ställe für dieselben im Garten des Viktoriatheaters hergerichtet. Um Irrthümer zu vermeiden, bemerke ich, daß die betreffenden Artisten sich mit Vor-

liebe auf vier Füßen bewegen. Es sind Elephanten, Nashörner, Giraffen, Kameele, Antilopen und andere Eingeborene des afrikanischen Kontinents. Das Drama führt indessen zu Paris den Titel: „la Venus noire“. Unmöglich durfte man annehmen, daß die schwarze Venus sich hier in eine simple Helena verwandeln würde. Endlich löste sich das Räthsel: die schwarze Helene erschien in effigie selber auf einem Plakate, freilich durch ein unbegreifliches Farbenwunder von gelbem Angesicht. Sie ist eine Thierbändigerin der oben erwähnten Menagerie, die mit zehn gesunden und kräftigen Löwen kleine Plauderstündchen im Käfig aufführt. Mr. Rice dagegen besucht die Tiger. Ich bin offen gestanden kein Freund von dergleichen Anstandsvisiten. Gleich am ersten Tage sollen beide Verletzungen davon getragen haben. Man überlasse die Natur sich selber, wo ihr die Krallen gar zu scharf gewachsen sind. Erziehung hilft doch nichts und selbst der kultivirteste Löwe, sollte man ihm auch Richard Wagners Brief an Ernst v. Weber über Thierquälerei vorgelesen haben, findet von Zeit zu Zeit an einer kleinen Vivisektion Geschmack. Da lob ich mir den Schimpanse, der auch von der Truppe des Herrn Rice ist. Er raucht, bläst Lichter aus, setzt sich den Hut auf, geht spazieren, kurzum erweist sich als ein vollendeter Mime. Bei der Beschränkung auf derartige friedliche Klassen finde ich die Herbeiziehung der Thierwelt zur theatralischen Kunst nur allzu begreiflich. Wie angenehm hat es z. B. sicherlich Herr Brödmann, der Besitzer des berühmten Affentheaters, welches augenblicklich hier wieder zur Freude von Jung und Alt Vorstellungen giebt! Seine Primadonna, die Ziege, leidet weder an Migräne noch an Kollerneib; der erste Held, Pavian von Nation, bezieht nicht die geringsten Sagenvorsprüche; und selbst der Chor, die Hunde, finden es in der Natur der Dinge begründet, daß sie ein Hundeleben führen.

Nicht gut ist es übrigens, daß es so viel zu sehen giebt. In keinem Monate bedarf der Mensch mehr Zerstreuung, als im November. Der November ist bekanntlich der Monat, wo ihm das Leben am leichtesten zuwider wird und deshalb, wie die Statistik beweist, die meisten Selbstmorde stattfinden. Auch der diesjährige November verleugnet nicht seinen Charakter. Allein das sogenannte amerikanische Duell hat bereits zwei Opfer gekostet. Bedauern kann man zwar dieselben kaum, denn wer sich auf solche Absurditäten einläßt, dem ist es ganz gut, wenn er sich in ein anderes Klima begiebt, als es das sublimarische ist. Es wäre interessant zu erfahren, ob sich wirklich die praktischen Amerikaner solcher Thorheiten schuldig machen, oder ob

das amerikanische Duell nur ein für Europa fabrizirter Exportartikel ist. Verzeihlicher sind die Doppelselbstmorde aus Liebe, wenn auch nicht vernünftiger, und zudem haben diese letzten Liebesopferungen im Angesichte des Todes, die sonderbarer Weise nie ohne ein paar Flaschen Wein oder einen kräftigen Punsch vor sich gehen, etwas entschieden ekelhaftes. Auch muß man immer wieder fragen, weshalb die, welche den Muth haben, zusammen zu sterben, nicht auch den Muth haben, zusammen zu leben. Doch wie oft giebt eine Kleinigkeit den Ausschlag, läßt den Becher der übeln Laune überlaufen. Einmal ist der Entschluß ein Ding, schwer wie das stärkste Gewicht und kein Athlet hebt es von der Stelle. Dann aber ist er nur eine leichte Flaumfeder, die ein leiser Hauch in die Lüfte treibt. Deshalb der Einfluß von Jahreszeit und Wetter auf den menschlichen Willen.

Der November ist aber auch ein rechter November geworden. Heute, am Sonntag, schneit es ununterbrochen vom Himmel. Wenn Baron Dubril nach dem Bahnhofe fährt, um den russischen Thronfolger zu empfangen, werden beide meinen, sie seien bereits in Rußland. Zur Erfüllung von diesen nordischen Kalamitäten giebt man dem hohen Gaste zu Ehren Abends im Opernhaufe den in Italien spielenden Rienz. Die Konjekturenpolitiker müssen nun die Ohren spitzen und die Augen zusammenkniffen. Ist er ein Feind der Deutschen oder nicht? In Wien hat man bereits konstatiert, daß er sehr gut deutsch spricht und in seinen Zügen nur eine „leise Andeutung des sarmatischen Typus“ zu entdecken ist. Wobei nur zu untersuchen wäre, woher denn diese Andeutung stammt. Aus der Familie gewiß nicht. Denn von Familie ist der Großfürst-Thronfolger ein ebenso reiner Deutscher, wie unser Kronprinz, und wenn er wirklich, wie man sagt, die deutsche Sprache haßt, so haßt er eben seine Muttersprache und die Sprache seiner Mutter. Nun, hoffen wir, daß es in St. Petersburg nicht ähnlich einmal heißen wird, wie im 4. Akte des Rienz:

Wißt ihr, daß Deutschlands Abgesandte
Für immer Rom verlassen?

Da!

So zürnt der neue Kaiser Rom?
Das danken wir dem Uebermuth,
Mit dem Rienz Deutschlands Fürsten
Die römische Kaiserwahl bestritt!

Denn, was bringt in Petersburg schließlich all den Groß hervor? Doch nur, daß Deutschlands Fürsten sich wieder einen Kaiser gewählt, oder — wählen mußten!

H. H.

Bergewaltigung der freisinnigen Theologie gerichteten Anträge gefaßt hat. Ueber diese Veröffentlichung ist die „Kreuztg.“ nun dergestalt außer sich gerathen, daß sie dieselbe als eine „Kirchenverfassungswidrige Aufforderung zur Revolution“ bezeichnet. Mit Recht entgegnet hierauf die „Magdeb. Ztg.“:

„Zunächst möchten wir in dieser Beziehung daran erinnern, daß die betreffenden Beschlüsse doch keine Gesetzeskraft haben, sondern lediglich Ansichten und Wünsche der Generalsynode aussprechen; der eine die Ansicht, daß für die Verurtheilung eines Geistlichen wegen Irrefahren auch außeramtliche Rundgebungen in Betracht zu ziehen seien, der andere den Wunsch, daß an der Mitwirkung des Evangelischen Oberkirchenraths bei der Besetzung der theologischen Professuren auch der Generalsynodalvorstand theilhaftig werde. Es wird doch hoffentlich in der evangelischen Kirche noch erlaubt sein, gegen Beschlüsse einer Synode, welche die Grundsätze des Protestantismus verläugnet, Widerspruch zu erheben, ohne sich „revolutionären Tendenzen“ verdächtig zu machen. Oder ist die Generalsynode vielleicht in den Augen der „Kreuztg.“ bereits infallibel, weil ihre Beschlüsse wesentlich nach ihrem Herzen ausgefallen sind? Und hat sie niemals etwas gehört von dem Proteste zu Speyer, daß man sich in Sachen des Gewissens keiner Majorität zu unterwerfen hat? Im Uebrigen würde die „Kreuztg.“ und ihr kirchlicher Anhang gut thun, sich dessen zu erinnern, daß ihre Parteigenossen s. B. kein Bedenken getragen haben, gegen Anordnungen und Erlasse der kirchlichen Behörde, s. B. in der Trauungsangelegenheit, zu protestiren und diesen Protest sogar in Immediatbeschwerden über die oberste Kirchenbehörde zum Ausdruck zu bringen. Wir sind der Meinung, daß es die höchste Zeit sei, daß Gemeinden und Geistliche so laut als möglich dagegen ihre Stimme erheben, daß in der evangelischen Kirche Grundsätze proklamirt werden, die einer Verläugnung des Protestantismus gleich kommen, und die darum nicht minder verwerflich sind, weil sie eine aus überwiegend orthodoxen Elementen zusammengesetzte Generalsynode aufgestellt hat. Auch möchten wir in der That wissen, wo bei der Verabredung und Annahme des in den letzten Tagen in die Synode geschleuberten und nicht einmal in den Fraktionen zur gründlichen Vorberathung gelangten Antrages Eiselen (in Betreff außeramtlicher Rundgebungen der Geistlichen) „die mühevolle und ernste Arbeit“ gesteckt hat? Wenn irgend eine, so ist diese Angelegenheit in unverantwortlicher Weise über's Knie gebrochen worden.“

— Wie die „Germania“ mittheilt, hat das Ministerium von Elsaß-Lothringen das Verbot dieses ultramontanen Blattes unter dem 10. d. Mts. aufgehoben und ihm den Postdebit für die Reichslande wieder eingeräumt. Dies ist wohl eine Abschlagszahlung an das Zentrum für die zu leistenden Dienste.

— Wie die „Magdeb. Ztg.“ hört, gab zu dem Beschluß des Senats der Berliner Universität, in einer Eingabe an den Kultusminister auf das Bedenkliche des Generalsynode-Votums, bezüglich der vom Generalsynodal-Vorstand mitzubewirkenden Anstellungen theologischer Professoren hinzuweisen, die theologische Fakultät den Anstoß. Sie will nicht, daß ihr Vorschlagsrecht, welches früher für den Kultusminister maßgebend war und das schon durch die Heranziehung des Oberkirchenraths eine Einschränkung erfuhr, noch weiter beeinträchtigt werde, und so sehr war der Senat von der Berechtigung des Fakultätsantrages überzeugt, daß er einstimmig beschloß, beim Kultusminister vorstellig zu werden. Durch sein Vorgehen bekundet der Senat, daß er die der theologischen Fakultät angekommene Beeinträchtigung ihrer Rechte als eine die gesamte Universität betreffende Angelegenheit ansieht, und sollte der Kultusminister auf den Antrag Kölling-Zöckler mit der ihr von Dr. Gef (Breslau)

gegebenen Modifikation einzugehen genehmigt sein, so würde der Senat einmüthig hiergegen remonstriren. Durch das Votum des Senats kommt ein Beschluß der Gesamtvertretung der Wissenschaft zu Stande, die nicht zugeben will und kann, daß rein gelehrte Körperschaften in ihrer Zusammensetzung von Laiengutachten abhängig sein sollen. Gegenüber dem Antrag Kölling-Zöckler-Gef kommt es darauf an, das „principiis obsta“ zu wahren, das durchbrochen wäre, so bald der Kultusminister dem Votum der Generalsynode sich geneigt zeigte. Wenn der Minister und der Senat sich nicht verständigten, so könnte leicht die Folge sein, daß fortan der Senat den künftigen Professoren der Theologie nicht mehr alle Ehren- und Vorrechte eines ordentlichen Dozenten zuspräche.

— Gegen das Schanksteuergesetz ist in der Provinz Schlesien eine sehr lebhaft bewegte Bewegung im Gange. Eine ebensolche Opposition macht sich in Ostpreußen, speziell in Königsberg geltend, von wo eine Petition gegen die Vorlage an das Abgeordnetenhaus eingesandt worden ist.

— Die heutige Generalversammlung der Potsdamer Magdeburger Eisenbahngesellschaft, welche über den Verkauf der Bahn beschließen sollte, war nicht beschlußfähig, da nicht ein Drittel der Aktien (60,000,000 Mark) vertreten war. Es waren nur 13,846,800 Mark angemeldet. Die nächste Versammlung soll auf den 11. Dezember berufen werden. Wir verweisen auf den ausführlichen Bericht unter „Börsenhalle“. Der Regierungskommissar hob hervor, daß auf die Verlegung des Termins zum Umtausch der Aktien in Königsberg auf den 2. Januar 1881 eingegangen werden könne und daß eine Verlängerung des Termins zur Einholung der Zustimmung des Landtags bis 1. Juli 1880 nothwendig geworden sei. Die Mehrheit des Ausschusses hatte die Annahme des Vertrages mit der von der Regierung zugestandenen Modifikation beschlossen.

— Die tabellarische Uebersicht der Wochenausweise deutscher Zettelbanken vom 7. Nov. schließt mit folgenden summarischen Daten ab: Es betrug der gesammte Kassenbestand 679,448,000 Mk. oder 154,000 Mk. mehr als in der Vorwoche, während der Wechselbestand mit 609,599,000 Mk. eine Abnahme um 5,197,000 Mk. und die Lombardforderungen mit 79,974,000 Mk. eine solche um 5,048,000 Mk. erkennen lassen; es betrug ferner der Notenumlauf 933,199,000 Mk. oder 18,864,000 Mk. weniger, und die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten in Höhe von 173,616,000 Mk. zeigen, der Vorwoche gegenüber, eine Abnahme um 3,776,000 Mk., während die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten mit 39,173,000 Mk. einen Zuwachs um 312,000 Mk. erkennen lassen.

— In der Angelegenheit der Wechsel- und Rogat-Regulirung hatte sich eine aus Vertretern der beteiligten Reichverbände bestehende Deputation nach Berlin begeben, welche am Sonnabend, Vormittags 10 Uhr, eine Audienz bei dem Landwirthschafts-Minister Dr. Lucius hatte. Die Reichverbände waren dabei durch ihre Deputationsleiter, resp. deren Stellvertreter, und durch die Deputationsinspektoren vertreten. Der Herr Minister hat der Deputation gegenüber, einem Privattelegramm der „Danz. Ztg.“ zufolge, in der wohlwollendsten Weise sich ausgesprochen. Die Befürchtung, die Wechsel-Rogat-Regulirungs-Projekte würden liegen bleiben, sei durchaus unbegründet. Allerdings würden die umfangreichen Vorarbeiten, welche noch nöthig seien, wohl noch ein Jahr beanspruchen, er werde aber dafür sorgen, daß sie möglichst beschleunigt werden.

Magdeburg, 15. November. Der Vorstand des hiesigen deutschen Fortschrittsvereins hat folgende Adresse an unseren bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn von Unruh gerichtet:

An Herrn Victor v. Unruh, Regierungsath a. D.
Magdeburg, 14. November 1879.

Hochwohlgeborener Herr!
Hochverehrter Herr Regierungsrath!

Der von Ihnen gefaßte und zur Thatfache gewordene Entschluß, das so lange zu Ehren des Wahlbezirks von Stadt und Kreis Magdeburg und zum Segen des Vaterlandes getragene Reichstagsmandat wegen eingetretener körperlicher Altersschwäche niederzulegen, giebt dem ehrerbietig unterzeichneten Vorstande des hiesigen Fortschrittsvereins die Veranlassung, im Namen desselben Ihnen die hochachtungsvolle Anerkennung Ihrer in langjähriger parlamentarischer Thätigkeit bewährten hohen staatsbürgerlichen Tugenden und den Dank auszusprechen, den Ihnen für eine im höchsten Grade ehren- und gewissenhafte Mandatsführung alle Ihre Wähler schulden. Wenn wir als Mitglieder der deutschen Fortschrittspartei auch nicht überall mit Ihnen einverstanden waren über die Grenzen, welche man gegenüber einer, der Weiterentwicklung der auf Volksrecht gegründeten Staatsformen noch immer abholden Regierung einzuhalten habe in der Bereitwilligkeit, zu Gunsten der gewonnenen Reueinheit auf berechnete Forderungen staatsbürgerlicher Freiheit zu verzichten; so haben wir es uns bis in die letzte Zeit dennoch zur Ehre gerechnet, in Ihnen einen Mann als Vertreter im Reichsparlament zu haben, der bei ausgezeichneten fachmännischer Thätigkeit in volkswirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten sowohl durch schriftstellerisch dargelegte Ueberzeugung wie durch eine vom ruhmreichen Jahre 1848 an datirende politische Laufbahn seinen Ehrennamen den Grundsätzen eines aufrichtigen Konstitutionalismus unlösbar angeheftet hat. Möge Ihnen als einem der hochachtbaren Veteranen unserer verhältnismäßig noch jungen politischen Kämpfe nach einem Leben voll ernster Arbeit für Volkswohl und vaterländische Ehre ein möglichst schmerzsfreier, heiterer Lebensabend beschieden sein!

Mit hochachtungsvoller Dankbarkeit werden Ihnen bis zur letzten sanften Stunde desselben nahe sein die

Ihrer Hochwohlgeborenen Ergebenen:
Der Vorstand des deutschen Fortschrittsvereins in Magdeburg.
(Folgen die Unterschriften.)

In München starb in der Nacht zum 15. d. M. der Staatsrath Dr. Wilhelm von Weber. Seine Thätigkeit war namentlich den Zoll- und Handelsangelegenheiten gewidmet, wofür ihn hervorragende Sachkenntniß, die sich bis in die technischen Gebiete erstreckte, vorzüglich befähigte. Nach der unter seiner thätigen Mitwirkung vollzogenen Rekonstruktion des Zollvereins im Jahr 1867 fungirte Weber durch mehrere Jahre als Vertreter Bayerns im Zollbundesrath, welcher ihn mit wichtigen Referaten betraute. Er war es auch, der mit Reichsvollmacht einen großen Theil der auf den Friedensvollzug bezüglichen diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich leitete und mit den Vertretern der Republik die bekannte Zusatzkonvention vom 11. Dezember 1871 abschloß, durch welche eine Reihe schwieriger Detail-Fragen befriedigende Erledigung fand. Seit einer Reihe von Jahren fungirte Weber neben seinen vielfachen anderen Aufgaben als Vertreter Bayerns in der Zentralschiffahrtskommission.

Oesterreich.

In Oesterreich-Ungarn steht noch immer die Wehrfrage in erster Reihe. Am Sonntag hat eine Konferenz sämtlicher Parteibömmen des österreichischen Abgeordnetenhauses bei dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe stattgefunden. In dieser Konferenz hat — wie ein eingehender Bericht des officiösen wiener „Fremdenblatt“ mittheilt, — Graf Taaffe betont, die Wehrfrage sei keine Parteifrage, sondern eine Reichs- und Existenzfrage. Man müsse über eine schlagfertige Armee verfügen, wolle man einerseits in den orientalischen Verhältnissen Ordnung herbeiführen und andererseits den Frieden erhalten. Falls der intakte Bestand der Armee an kurze Kündigungsfristen

Herr Dr. C. Dühring

hat endlich ein Lebenszeichen von sich gegeben und zwar ein sehr nachdrückliches, wie ein das Datum vom 11. d. M. tragender Artikel in der ausburger „Allg. Ztg.“ beweist, worin er gegen die von uns im Auszuge mitgetheilte Provokation Kümmlins in Betreff des verstorbenen Naturforschers Robert v. Mayer in schneidiger Weise repliziert. Herr Dr. Dühring schreibt: In der „Allg. Ztg.“ vom 5. d. M. hat Herr Kümmlin den Muth entwickelt, gegen mich, dessen Tod er durch die Zeitungen erfahren hatte, mit einer Schaar von Unwahrheiten und einer Auswahl von Schimpfwörtern, wie „Fressheit“, „Dummheit“ und ähnlich anständigen Ausdrücken, hervorzubrechen. Er glaubte so sein altes Geschäft, Robert Mayer herabzuwürdigen und den Advokaten der Gegenpartei zu machen, von meinem Vasein ungenirt, fortsetzen und mein Buch über Mayer, bei solchen die es nicht lesen, in Verruf bringen zu können. Ich sehe von den Insinuationen und Verleumdungen gegen mich ab; denn sie galten ja nur den Todten, und Herr Kümmlin hat sich noch ausdrücklich entschuldigt, gegen einen eben Verstorbenen auch übles sagen und, um es richtig auszudrücken, gleich wie Kalstaf dem todtten Percy, einem eben Umgebrachten ins Bein stechen zu müssen. Auch kenne ich Herrn Kümmlins guten Willen und Verständnis nur aus seinen Geldentbaten gegen Mayer, und habe dabei, wie in meinem Buche nachgewiesen ist, nur bemerkt, daß ihm richtige Shakespeare-Citate nicht recht von Statuen gehen. Er hat nämlich nicht blos Mayer, sondern auch Hamlet, mit dem er jenen verglich, für wirklich verrückt erklärt, und nun komme ich als Dritter noch hinzu, dem er seine psychischen Kuren anbietet. Herr Kümmlin hat sich auch diesmal unnütz bemüht; die Shakespeare-Studie ist von Neuem mißrathen. Ich bin kein todtter Percy, welchen Kalstaf auf den Rücken nehmen könnte, lebe vielmehr unglücklichster Weise nicht bloß, sondern befinde mich auch, wie es mir scheint, noch bei regelrechter körperlicher und geistiger Gesundheit. Ich will also großmüthig, das Viertelstündchen verzeihen, welches Herr Kümmlin mit dem Todten muthvoll gesucht hat. Bei all seiner Vorliebe für schwäbischen Priester glauben, den er in Ermangelung von etwas Besseren gegen mein Buch ausheben möchte, konnte er nicht wissen, daß heute doch noch Wunder geschehen, und daß Leute auferstehen auch wenn sie von hundert Zeitungen begraben sind. So hoffe ich denn, trotz Herrn Kümmlin, auch noch einiges für die Auferstehung Mayers, wenn auch nicht für die Auferstehung von den Todten, so doch für die Auferstehung von den Verrücktsagten. Um Mayers willen allein ist Herr Kümmlins pseudo-biographische Thesen in meinem Buch, eine kleine Charakteristik zu Theil geworden, und um Mayers willen scheue ich auch jetzt die moralische Niederung nicht, in die ich Herrn Kümmlin mit ein paar Spezialbemerkungen nachgeben muß. Wie glaubwürdig Herr Kümmlin ist, sieht man schon aus der Treue seiner wörtlichen Ausführungen. Er will mich, in Ermangelung von angreifbaren Hauptthesen, mit Nebenthesen lächerlich machen. Er stellt gleich an die Spitze meinen angeblichen Kenntnismangel über Heilborn, indem er zitiert: „eine Stadt, die sogar heute nicht mehr als 20,000 Einwohner zählt“, während es in meinem Buche heißt: „nicht viel mehr“ (S. 32). In den Geographien steht aber, außer der Einwohnerzahl, auch etwas von jener Priesterlichkeit, welche Herr Kümmlin nicht wahrhaben will, und die ich schon vor zwanzig Jahren mit eigenen Augen

an Ort und Stelle beobachtet habe. Uebrigens wird Jedermann finden, daß gerade mein Buch über Mayer mit Hochachtung vor dem Gesinnungsstern seiner aufrichtigen und durchaus nicht priesterhaften Religiosität geschrieben ist. Nach jener ersten Probe von Herrn Kümmlins Loyalität im Zitiren begreift es sich auch, daß er, im Vertrauen darauf, daß eine Menge Zeitungsleser mein Buch nicht vergleichen werden, ganz dreist behauptet: Mayer habe aus Mangel an Menschenkenntniß die Beziehungen, die ich mit ihm angeknüpft haben soll, nicht abwehren können. Ueberdies läßt Herr Kümmlin in seinem Artikel es fast so erscheinen, als wäre ich als Feind Mayers aufgetreten. In diesen dreifachen Insinuationen an das Publikum steckt eine ganze Anzahl von . . . Unwahrheiten. In wenige Sätze packen unwahre Streben so viel falsches und schiefes, daß man ganze Seiten brauchen würde, um den Trug in jeder Beziehung aufzuklären. Was soll ich nun mit dem ganzen weit ausgebreiteten Ragout anfangen, welches Herr Kümmlin mit seinem Artikel angerichtet hat? Weinahe jede paar Zeilen eine Unwahrheit oder Entstellung! Ueberdies fast lauter Dinge von neuem vorgebracht, die in meinem Buche speziell, und zwar auch Herrn Kümmlins früheren Artikeln gegenüber, widerlegt sind. Dabei soll ich aber diese seine früheren Artikel in der „Allg. Ztg.“ plagirt haben, während ich doch nachweis, daß sie unzuverlässig sind, und Herrn Kümmlins Mayer-Bild so gut wie wegwerfen mußte, um für die mir von Mayer selbst mitgetheilte Wahrheit reinen Tisch zu machen. Oder meint vielleicht Hr. Kümmlin, daß er allein Thatsachen, wie Jahreszahlen von Geburt und Tod Mayers, in die Welt gesetzt, darauf ein Monopol hat und daß deren Anführung ein Plagiat ist? Mit den Hauptthatsachen der Irrenhausaffäre, ganz wie sie jetzt in meinem Buche stehen, bin ich, schon bei Lebzeiten Mayers und des Hrn. v. Zeller, in Berlin, Leipzig und anderen Orten in vielbesuchten Vorträgen, über die in den Zeitungen berichtet wurde, vor das Publikum getreten. Mayer hat in einem von mir abgedruckten Brief, den Hr. Kümmlin wohlweislich verschweigt, meine Darstellung gutgeheißen. Weder Hr. v. Zeller noch sonst Jemand hat sich gegen die öffentlichen Berichte von meinen Vorträgen mit Einspruch gemeldet. Damals als Mayer und Hr. v. Zeller lebten, hat niemand gegen Mayer und mich bezüglich des Wahnsinns auch nur gemunkelt. Erst als er todt war, hatten Hr. Kümmlin und Genossen etwas Kalstaf-Muth. Sie erhoben sich gegen Mayer, lagen aber still gleich Kalstaf auf dem Boden, wo ich ihnen begegnet war. Die Hauptthesen der Mayer'schen Irrenhausaffäre wurden schon 1878 von mir in meinen Neuen Grundgesetzen zur Physik und Chemie (Leipzig, Fues' Verlag) veröffentlicht, und Herr Kümmlin, der darin mit seinen Artikeln zurechtgewiesen war, blieb trotz alledem still auf dem Boden liegen. Jetzt hat ihn mein Tod hervorgeholt, und der Leichnamsdunst der Zeitungen über mich ist doch auch bei ihm zu etwas gut gewesen, wie er so manchem literarischen Kalstaf einmal gegen mich auf die Beine verholten hat. . . . Wir haben hier die Dühring'sche Replik nur im Auszuge wiedergegeben.

* Ein Stückchen sächsischer Gemüthlichkeit hat, wie aus Dresden berichtet wird, vor Wochen in der Umgebung des deutschen Kaisers und des Königs von Sachsen unendlich viel Vergnügen bereitet. Die Szene spielte im Hochsommer auf einer größeren Eisenbahnstation des sächsischen Voigtlandes. Kaiser Wilhelm, von Gastein kommend, über-

nachtete in Eger, als am selben Abend König Albert nach Beendigung seiner Reise durch die Schweiz und Tirol ebenfalls Eger passirte. Beide Majestäten verbrachten beim Thee ein behagliches Stündchen, dann fuhr gegen Mitternacht König Albert heimwärts. Er hatte Befehl gegeben, unterwegs alle Empfangs- und Begrüßungsfeierlichkeiten zu unterlassen und passirte dann auch die gedachte Station, ohne aus seinem Schläfe zu erwachen. Der Bürgermeister und sonstige Epigen der Behörden hatten sich jedoch trotz des königlichen Wunsches nicht abhalten lassen, auf dem Bahnhofe zu erscheinen, mußten aber auf die Freude verzichten, den Landesherren zu begrüßen. Als Trost wurde ihnen mitgetheilt, daß wenige Stunden später Kaiser Wilhelm dieselbe Station passiren und ein Aufenthalt von etwa 15 Minuten dort entstehen würde. Die Herren beschloßen sofort, nummehr den Kaiser zu begrüßen. In dem Augenblick, wo der kaiserliche Zug in den Bahnhof fährt, befindet sich der Bürgermeister, daß er auf dem Büffet im Gastzimmer ein prächtiges Blumenbouquet habe stehen sehen. Zurückkeilen, das Bouquet aus der Vase nehmen, auf den Perron stürzen und es mit einer wohlgelesenen Anrede dem Kaiser überreichen, war das Werk dreier Sekunden. Mit steigender Angst hatte Herr Besold, der Oberkellner des Bahnhofes, seinen Bürgermeister hierbei beobachtet. Die Requisition der Blumen ging zu rasch, als daß sie Besold verhindern konnte. Der Bürgermeister empfing wegen seiner Geistesgegenwart in der Verwendung des Blumenschmucks von der Büffettaste, von allen Seiten Glückwünsche und ersterte sofort das entführte Bouquet durch ein nicht minder schönes. Herr Besold abnte schmerzlichen Unheil, er verschwiegte aber sorglich alle seine Bestimmnisse. Und 14 Tage später wurde klar, daß er sich nicht unsonst geforget. Da kam nämlich König Albert abermals nach dem Voigtlande, um den Herbstmanövern beizuwohnen. Auch von dem Bürgermeister mit der schnellen Fassungskraft wurde er freudig begrüßt. Ausdrücklich versicherte ihm der König, wie sehr er es bedauere, daß vor Kurzem die Herren sich in so später Nachtstunde vergebens auf den Bahnhof bemüht, er habe sich um so mehr gefreut, daß sie wenige Stunden später den Kaiser Wilhelm hatten sprechen und „Sie mein lieber Herr Bürgermeister, sogar ein Bouquet überreichen können“. Dieses habe seinem kaiserlichen Oheim nicht bloß sehr viel Freude, sondern sehr viel Vergnügen bereitet. Aber der Kaiser habe gemerkt, ob es auch für ihn bestimmt gewesen sei. Denn als der Kaiser im Wagon nachher die Schönheiten des Bouquets einer näheren Prüfung unterzogen, sei ihm eine Karte unter die Hände gekommen, mit der Aufschrift: „Besold seinem Chef“. Kaiser Wilhelm habe ihm dies brieflich mitgetheilt. Wer sei nun Besold? Gar bald kam heraus, daß an jenem Tage der Bahnhofrestauration seinen Geburtstag feierte und ihn sein Oberkellner, Besold, mit einem Bouquet „sinnig“ überraschen hatte wollen, Tableau! „Besold seinem Chef“ aber ist jetzt in hohen Kreisen ein sehr beliebtes Flügelwort geworden.

* **Gesucht.** Eine amerikanische Zeitung enthält folgendes Gesuch: „Gesucht wird ein Redakteur, der es einem Jeden recht zu machen versteht, auch ein Seher, der das Papier so arrangiren kann, daß das Injunkt eines Jeden Einselnen an die Spitze des Blattes oder auf die letzte Seite unten zu stehen kommt.“

geknüpft würde, so könnte Oesterreich künftighin kaum kräftige Mächte gewinnen, im Gegentheil auch mächtige Freunde, die in der Monarchie keinen ebenbürtigen Bundesgenossen mehr sehen würden, verlieren, wodurch die Erhaltung des Friedens geradezu gefährdet würde. Der Minister für Landesverteidigung, Freiherr v. Porst, trat auf das Nachdrücklichste für eine zehnjährige Dauer des Wehrgesetzes und eine unveränderte Präsenzzeit ein, sonst könnte die Regierung eine Verantwortung für die Schlagfertigkeit der Armee nicht tragen. Der Minister v. Stremayr betonte auf das Entschiedenste die Nothwendigkeit der Annahme der Regierungsvorlage aus politischen und militärischen Gründen. Die Odmänner der Parteien versicherten, sie würden die Wehrfrage nicht als Parteifrage, auch nicht als eine Frage des Vertrauens oder Mißtrauens gegen ein bestimmtes Kabinet ansehen, sondern dieselbe objektiv behandeln.

— In Wien hat am Sonnabend 12 Uhr Mittags, wie bereits kurz mitgeteilt, die Renunziation der Erzherzogin Maria Christina unter großem Pompe stattgefunden. Im Geheimen Rathssaale in der Hofburg waren die Mitglieder der kaiserlichen Familie, die Erzherzoge und Erzherzoginnen, die Minister und etwa 50 Geheimräthe versammelt. Der Kaiser hielt folgende Anrede:

Auf Grundlage eines seit den ältesten Zeiten stets beobachtenden Satzes und des Familienstatutes ist jede Erzherzogin von Oesterreich verbunden, vor ihrer Vermählung mittelst eines öffentlich abgelegten Eides für sich und ihre Nachkommen zu Gunsten des Mannesstammes und der ihr nach der Thronfolge, sondern auch auf eventuell in Unserem Erbsaße sich ergebende Anteile Erbrechte feierlich Verzicht zu leisten, welche Verzichtleistung dann auch immer von dem Prinzen, Ihrem künftigen Gemahl, bestätigt und anerkannt wird. Ich habe den heutigen Tag gewählt, um diese feierliche Handlung in Gegenwart sämtlicher hier anwesenden Mitglieder meines Hauses, so wie des von Sr. Majestät dem Könige Alphons XII. von Spanien zu seiner Bevollmächtigung ausserordentlichen königlichen spanischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, dann Meiner als Zeugen vor dem Throne versammelten Minister, der Präsidenten der gesetzgebenden Körper und Meiner geheimen Räte in hergebrachter Form zu vollziehen, und Ich ermahne hiermit Meine geliebte Frau Muhme, die Verpflichtungen des von ihr abzulegenden Eides, welchen der Minister Meines Hauses ablegen wird, nicht nur wohlbedächtig anzuhören, sondern auch getreulich zu erfüllen.

Hierauf verlas Baron Haymerle die Entfagnungs-Urkunde, sowie den von der Erzherzogin zu leistenden Eid, diese legte den Schwur vor Kardinal Ruffinier ab und unterschrieb die Urkunde, nach ihr der spanische Gesandte. Damit war die Feierlichkeit zu Ende. In dem hohen Familientheatre scheint man der Zukunft der jungen Erzherzogin ohne Sorge entgegenzusehen. In einem hochförmlichen Artikel heißt es: „Ein hohes glänzendes Loos entföhrt die anmutige Tochter des Kaisergeschlechts nach dem fernem Spanien, wo sie an der Seite Alphons XII. den Thron einnehmen wird.“ Wohl mag Maria Christina's Loos heute glänzend erscheinen, es ruhen jedoch in der Zukunft Schooße noch andere als heitere Loos. Künftigen 11. Dezember sind es 50 Jahre, daß auch eine Maria Christina in Madrid als künftige Königin einzog, die nach wechselvollem Leben vor bald zwei Jahren im Exil starb. Möge der Habsburgerin ein friedlicheres Geschick beschieden sein als jener Neapolitanerin!

Niederlande.

[Zur Angelegenheit der holländischen Kolonien.] Die Erste Kammer der Generalstaaten hat während der ersten Woche ihrer Session bereits zwei für die niederländischen Kolonien wichtige Gesetze angenommen: das Budget für die ostindischen Kolonien mit allen Stimmen, und ein Gesetz, welches den Pflanzern in Surinam Subsidien gewährt, da diese Kolonie seit der Abschaffung der Sklaverei in Nothstand gerathen ist; letzteres Gesetz freilich nur mit 16 gegen 14 Stimmen. Bei der Beratung des Budgets brachte Herr Vorstius die Frage wegen Borneos wieder zur Sprache, über welche in der Zweiten Kammer bereits verhandelt worden ist. Er behauptete, Holland habe über die ganze Insel Borneo die unbedingte Souveränität, mit Ausnahme der unabhängigen Gebiete der Sultane von Broencien und Sulu. Die Regierung müsse ein wachsame Auge darauf haben, daß diese Souveränität nicht gefährdet werde, da das Unternehmen des Herrn van Overbeck einen politischen Charakter habe und die Unternehmer beabsichtigten, dasselbe unter den Schutz Englands zu stellen. Herr Vorstius forderte die Regierung auf, bei dem englischen Kabinet Schritte zu thun, damit England nichts unternehme, was gegen den Sinn und die Bestimmungen des Vertrages von 1824 verstoßen könne. Der Kolonialminister van Goltstein erwiderte jedoch dasselbe, was er bereits in der Zweiten Kammer gesagt hatte, daß nämlich die Expedition von Overbeck keine politische Bedeutung habe und die Rechte der Niederlande auf Borneo keineswegs so unbeschränkt und ausgedehnt seien, wie behauptet worden sei. Er versprach jedoch, dieser Angelegenheit eine wachsame Fürsorge zu widmen. Die Kammer war mit diesem Versprechen zufrieden. Ueber Surinam sagte der Minister, die Regierung habe bereits mehrere Male den Pflanzern Unterstützung gewährt, um sie in den Stand zu setzen, an Stelle der Sklaven andere Arbeiter anzuwerben, aber diese Unterstützungen seien bisher unzureichend gewesen. Er forderte deshalb neue Subsidien, damit die schöne und fruchtbare Kolonie nicht zu Grunde gehe.

Telegraphische Nachrichten.

London, 18. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel vom 18.: Der Sultan ernannte Baker Pascha zu seinem Vertreter bei Ueberwachung der Einführung der Reformen in ganz Kleinasien. Baker Pascha reist binnen einer Woche ab. (Wiederholt.)

Konstantinopel, 18. November. Ein Frade fordert die Regierung der Pforte auf, die Reglements betreffs der Reformen der Genehmigung des Sultans zu unterbreiten; die Veröffentlichung der Reglements soll demnächst erfolgen. Meho Pascha

beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage der Repatriirung der muslimännischen Flüchtlinge. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 18. November, 7 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaus.] Eingegangen ist die Nachweisung pro 78/79 der aus Staatsmitteln eingestellten Leistungen für die katholischen Geistlichen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Statuts der Allensteiner Kreis-Korporation wird in dritter Verathung debattenlos genehmigt. Der Nachweis über die Verwendung des in der königl. Eisenbahnverwaltung für 78/79 vorgesehenen Dispositionsfonds von 900,000 M. wird der Budgetkommission überwiesen, ebenso die Gesetzentwürfe, betreffend die Anlage eines zweiten Geleises auf der Mosel-Saar-Eisenbahn, und betreffend die Verwendung der verfallenen Kaution für das Gemey-Beseler Eisenbahnunternehmen, desgleichen der Gesetzentwurf, betreffend den Anlauf der Hamburger Eisenbahn.

Es folgt die erste Verathung des Schanksteuergesetzes. Zelle gegen die Vorlage: Man müsse abwarten, welche Folgen die kürzlich Behufs Herabminderung der Schankstätten eingeführte Bedürfnisfrage habe, und einen Unterschied machen zwischen Schankstätten, wo der Absatz groß, und solchen, wo der Absatz ganz gering sei, sowie zwischen Bier- und Weinlokalen einerseits, Brantweinshäusern andererseits. Zu einer höheren Besteuerung des Brantweins wolle er die Hand bieten, nicht aber zu einer Steuer, die zahlreiche Unschuldige in ihrer Existenz vernichten müsse.

Kropatschek (konservativ) für die Vorlage. Er hat aber auch seinerseits Bedenken gegen die Besteuerungsform.

Grumbrecht gegen die Vorlage; bemängelt besonders den Verteilungsmaßstab.

Bitter (Reichenbach) für das Gesetz. Die Wiedereinführung der Bedürfnisfrage genüge nicht, neben einer gerechteren Abstufung der Steuerföge empfehle sich aber vielleicht die Einführung einer Konzeptionsgeböhr.

Petri gegen die Vorlage; wünscht, daß die Einführung der Schanksteuer den Gemeinden anheimgestellt werde.

Der Finanzminister Bitter hebt hervor, der Entwurf beruhe auf jahrelangen Erwägungen der Regierung, auf einem unbestreitbaren Bedürfnis. Die Zahl der Schankstätten übersteige das Bedürfnisweitaus. Dieselben dienten der Spekulation auf die schlechten Eigenschaften des Publikums; man solle Seelforger, Gefängnisbeamte und alle Personen fragen, die das Volksleben kennen. Wo die Polizei behörden einschreiten wollten, begegneten sie dem Geschrei über Polizeiwillkür. Hier liege eine Gefahr vor, welche der Regierung die Pflicht auferlege, ernst und energisch einzuschreiten. Der Staat habe nicht nur Finanzzwecke, er habe auch das sittliche Interesse bei der Gesetzgebung ins Auge zu fassen. Sind Bedenken im Einzelnen vorhanden, so werden sie sich ja doch in der Kommission ausgleichen lassen. Die Regierung wünscht kommissarische Vorberatung und wird sich annehmbaren Vorschlägen nicht widersetzen. Der Minister betrachtet die Vorlage, die einen Ertrag von 13 Millionen bringen möchte, als Theil der Steuerreform, als den ersten Schritt der Entlastung der Kommunen, den die Regierung thut; möchte sie darin nicht gehemmt werden. (Beifall rechts.)

Strosser für den Entwurf.

Reichenperger anerkennt die löbliche Tendenz des Gesetzes, vermag sich aber keine Erfolge zu versprechen. Anstatt polizeilicher Mittel möchte man mehr moralische verwenden; er verweise auf die segensreiche Wirksamkeit der Mäßigkeits-Gesellschaften und der katholischen Ordensbrüder. Der Entwurf wird hierauf an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung morgen.

Bezüglich der Erklärung des Aeltestenkollegiums der berliner Kaufmannschaft, betreffend die bekannte Landtagsäußerung Maybach's, schreibt der „Reichsanzeiger“, es sei bedauerlich, daß sich die Vertretung einer hervorragenden Korporation zu einer nach Form und Inhalt so befremdenden Rundgebung hinreißen ließ. Befremdend sei zunächst, daß das Aeltestenkollegium sich der Börse in einer Weise annahm, als ob dieselbe identisch mit der berliner Kaufmannschaft sei, während doch ein großer Theil der letzteren Börsen-Geschäfte überhaupt nicht treibt, insbesondere diejenigen Spekulationsgeschäfte, von denen Maybach sprach, durchaus nicht Gemeingut der berliner Kaufmannschaft sind. Befremdend sei ferner, daß die Aeltesten auf die erläuternde, die erste Aeußerung richtigstellende Bemerkung Maybach's keine Rücksicht nahmen, dieselbe vielmehr damit abfertigten, daß sie nicht genügend erscheine. Das Aeltestenkollegium legte seiner Erklärung eine Auffassung der Worte Maybach's zu Grunde, welche Maybach ausdrücklich als Mißverständnis bezeichnet hatte. Dem Aeltestenkollegium lag ein Antrag des Börsenkommissariats vor, dahin gehend, das Kollegium möge amtlich an betreffender Stelle die geeigneten Schritte thun. Das Kollegium hätte richtiger und seixem Verhältnis zur Staatsregierung entsprechender gehandelt, wenn es diesen Weg einschlug, anstatt in einer wenig angemessenen Form die Gründe zu veröffentlichen, aus welchen es über den Antrag zur Tagesordnung überging. Durch sein Verfahren verschloß sich das Aeltestenkollegium selbst den Weg, welcher von ihm behufs einer befriedigenden Aufklärung und Lösung des eingetretenen Mißverständnisses hätte beschritten werden können und sollen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: Die Blättermeldung, preussischerseits sei die Uebertragung der Leitung des Reichseisenbahnamts an den preussischen Eisenbahnminister beabsichtigt, entbehrt, wie wir aus kompetenter Quelle erfahren, jeder Begründung.

Pocales und Provinzielles.

Posen, 18. November.

— [Der Oberlandesgerichts-Präsident von Runowski] ist heute zur Erledigung dienstlicher Geschäfte auf mehrere Tage nach Bromberg gereist.

— Personal-Chronik. Der Seminarlehrer Dr. Funke aus Heiligenstadt ist vom 1. Januar 1880 ab als erster Lehrer an das königl. Schullehrer-Seminar zu Gm benufen worden.

Im Bereich des Ober-Postdirektionsbezirks Posen sind ernannt: der Postassistent Lippach in Lissa Regierungs-Bezirk Posen zum Post-Sekretär. Verliest: 1) der Postassistent Bartisch von Posen nach Königsberg i. Pr., 2) der Ober-Postdirektions-Sekretär Gaertel von Stettin nach Posen in eine Postassistentenstelle, 3) der Ober-Postdirektions-Sekretär Gensel von Posen nach Düsseldorf, 4) der Postsekretär Raebich vom Postamt in Posen zur Ober-Postdirektion in eine Bureaubeamtenstelle I. Kl., 5) der Postsekretär Schlüter von Rempen nach Posen, 6) der Postverwalter Freudrich von Betsche nach Moschin. In den Ruhestand getreten: der Postverwalter Schröder in Moschin. Gestorben: der Postverwalter Lehmann in Kriemen.

Bei der königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn sind ernannt: Betriebs-Sekretär Abram und Güter-Expedient Primus in Posen, Bahnmeister Feige in Samter, Stations-Assistenten: Wünsch in Alt-Boven, Seeliger in Lissa, Böhm in Bojanowo, Telegraphist Urban in Lissa und Liebich in Fraustadt, Lokomotivführer Prinz in Bronke und Radmeister Böhm in Lissa, sämtlich definitiv in ihren Stellungen, Expeditions-Assistent Meze in Posen zum Stations-Assistenten und Schaffner Lauterbach in Posen zum Radmeister. Verliest: Stations-Aufsicher Reimann in Waltersdorf als Stations-Assistent nach Lissa; Stations-Assistent Bunke von Lissa als Stations-Aufsicher nach Waltersdorf. Pensionirt Bodenmeister Reg in Posen.

r. Der Verein hiesiger Fleischer gegen Trichinenschaden, welcher sich nach Einführung der Fleischschau im November 1875 bildete, und welchem gegenwärtig 50 Mitglieder angehören, hielt am 13. d. Mts. seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Jahresberichte hat der Verein im abgelaufenen Vereinsjahre bedeutende Verluste gehabt, indem er an seine Mitglieder für 85 trichinöse Schweine eine Vergütung von 4800 Mark zu entrichten hatte, während in den drei vorhergehenden Jahren von November 1875 bis November 1878 im Ganzen nur 64 trichinöse Schweine zu vergüten waren. In Folge dieser bedeutenden Ausgaben ist der Fonds des Vereins, welcher im vorigen Jahre noch über 2000 Mark betrug, im abgelaufenen Vereinsjahre völlig verbraucht worden. Es wurde demnach, um den für die hiesigen Schweinefleischhändler so wichtigen Verein zu halten, beschlossen, den Betrag für ein geschlachtetes Schwein von bisher 2 M. auf 50 Pf. zu erhöhen; außerdem erlegte jedes Mitglied noch 3 M. für event. Fälle. Sämtliche Anwesende stimmten darin überein, daß der Verein für die hiesigen Fleischer eine unbedingte Nothwendigkeit sei, da die Beiträge bei den auswärtigen Versicherungen immer nur im ersten Jahre gering seien, dann aber meistens sehr bedeutend erhöht werden, und der Fleischer bisweilen Wochen lang auf Vergütung des Schadens warten muß, überdies einige Versicherungsgesellschaften die Versicherungen ganz eingestellt haben, da in den übrigen Provinzen des Staates zusammen nicht so viele Trichinienfälle vorkommen, wie in der Provinz Posen allein. — Die Mitglieder des Vereins haben im abgelaufenen Vereinsjahre zusammen 9700 Schweine geschachtet. Der Vorstand bestand aus folgenden Mitgliedern: A. Röschke (Vorstand), Kunzmann (Rentant), Altman (Schriftführer), Beier und Musielski (Beisitzer); dieselben wurden von der Versammlung sämtlich wiedergewählt.

Bräutener-Erhebung. Ein neuerer Finanz-Ministerial-Erlaß bestimmt, daß an denjenigen Orten, an welchen von den Organen der Verwaltung der indirekten Steuern, neben der Brausteuern Zuschläge zu derselben für provinziale oder kommunale Zwecke erhoben werden, bei Brausteuerverbraucherungen die vermittelte Strafe in Uebereinstimmung mit der Allerhöchsten Deklaration vom 27. Januar 1828 nach dem durch Zurechnung der Zuschläge sich ergebenden Gesamtbetrage der Steuer abzumessen sei.

Waarendekloration im Zollverkehr. Da nach dem Zolltarif vom 15. Juli d. J. an Stelle des Zentners als Gewichtseinheit 100 Kilogramm getreten sind, so hat der Finanz-Minister bestimmt, daß vom 1. Januar t. J. ab im Zollverkehr die Waarendekloration und Verzollung nicht mehr nach Zentnern und Pfunden, sondern nach Kilogramm zu erfolgen hat. In Betreff der Umschreibung der Kilogramm-Bruchtheile in den Abfertigungspapieren und zollamtlichen Registern ist weitere Bestimmung noch vorbehalten.

Die warschauer Presse und der Nothstand in Oberschlesien. In Warschau regen die dortigen polnischen Blätter Sammlungen an, um den Nothstand in Oberschlesien zu mildern. Es geschieht dies jedoch nicht ohne einen politischen Beigeschmack, da durch jene Miththätigkeit, wie sich die „Nowina“ ausdrückt, „nach 500jähriger Trennung wieder das Band angeknüpft werden soll, welches Schlesien mit Polen verbindet.“

Schmuggel an der russischen Grenze. Wir haben schon neulich von der Zunahme des Schmuggels an der russischen Grenze berichtet. Man schreibt dazu aus Ostpreußen, 15. November: Trotz der scharfen Maßregeln an der Grenze wird der Schmuggelhandel flott betrieben. So ist gestern wieder eine Schmuggler-Karavane mit Seidenwaaren in die Hände der Rosaten gefallen; jedoch nur der Hauptanführer ist entwischt, unter Zurücklassung seines Pferdes; der Werth der Waaren beträgt über 250,000 Rubel, welche der Behörde in die Hände gefallen sind. Fünf Schlepper, welche ergriffen wurden, werden ihrer Strafe in Sibirien wohl entgegengehen. Ausland gedankt noch schärfere Maßregeln gegen dieses Uetier zu ergreifen.

r. Feuer. In der Stadtischen Brauerei vor dem Berliner Thor entfiand in der Nacht vom Montag zum Dienstag in der Malsdarre ein Brand, zu dessen Dämpfung die Kratochwil'sche Feuerwehr herbeigerufen wurde. Als dieselbe jedoch erschien, war das Feuer von dem Brauereipersonal bereits gelöscht. Es ist durch den Brand das in der Darre befindliche Mals vernichtet worden.

r. Schlittenbahn. Heute sah man auf den Straßen unserer Stadt die ersten Schlitten in diesem Winter von außerhalb kommen, jedenfalls ein Beweis, daß dort erheblich mehr Schnee als hier gefallen ist.

Deutschen, 17. November. [Wahlmänner-Versammlung.] An Stelle des Herrn Minister Dr. Friedenthal, der in das Herrenhaus berufen und demzufolge sein Mandat als Abgeordneter für die Wahlkreise Bomm-Weiser niederlegen mußte, haben die beregten Kreise eine Neuwahl vorzunehmen und zu diesem Behufe hat heute hieselbst eine Vorwahl des größten Theiles der deutschen Wahlmänner beider Kreise stattgefunden, der auch die beiden Herren Kreislandräthe von Unruh und v. Diembowski bewohnten und sich persönlich an der Debatte sehr stark betheiligten. — Als Kandidaten waren aufgestellt, die Herren v. Tiedemann auf Krans, Landgerichtsrath Schmidt, Meieris und Staatsanwalt Blad, Meieris; Letzterer zog jedoch brieflich seine Kandidatur zurück und war zur Versammlung nicht erschienen. Nach Eröffnung der Versammlung durch den per Affikation gewählten Vorsitzenden Deonomierath Hansmann ergriff Herr von Unruhe-Bomm das Wort um in warmen Worten Herrn von Tiedemann als den geeignetsten Kandidaten zu empfehlen. Wenn wir auch den Verhältnissen Rechnung tragen müßten, führte ungefähr der Redner aus und einen liberalen Kandidaten in Vorschlag bringen sollten, wie dies auch mehrfach als eine Berechtigung von der Posener Zeitung hervorgehoben wurde, müssen wir doch dem konservativen Ganche, der fest durch das Land geht, folgen und einen gemäßig konservativen Kandidaten, wie dies Herr v. Tiedemann ist, zu Wahl empfehlen. Nachdem

es der Redner den Wahlmännern dringend empfohlen, alle Stimmen auf diesen Kandidaten zu vereinigen, nahm der Herr Landgerichtsrath Schmidt das Wort, um auszuführen, das nach solcher Empfehlung ein anderer Kandidat keine Aussicht auf Erfolg hat und das es heißen würde gegen den Strom schwimmen, wenn man gegen den Kandidaten, der von beiden Landräthen so warm empfohlen, als Rivalen auftreten wollte und zog nach einigen persönlichen Bemerkungen auch seine Kandidatur zurück. Darauf erging Herr v. Tiedemann das Wort zur Ablegung seines Glaubensbekenntnisses, indem er sich offen als Gegner von Simultanfchulen bekannte; nur da sollen diese zulässig sein, wo örtliche und pekuniäre Verhältnisse dazu zwingen. Herr v. T. wurde einstimmig als Kandidat angenommen. Beflagenswerth ist, daß in hiesigen liberalen Kreisen eine so große Laubheit herrscht.

Die Provinzial-Gewerbeausstellung in Bromberg.

Es ist, schreibt die „Bromb. Ztg.“, ein hohes Verdienst des vor Jahresfrist in unserer Provinz versammelten volkswirtschaftlichen Kongresses, daß die mangelhaften Kenntnisse und irrigen Vorstellungen von dem Handel und Wandel derselben durch die persönlichen Anschauungen der aus dem Westen, aus Nord und Süd herbeigeeilten hervorragenden Fachmänner eine gründliche Widerlegung fanden. Die größten und angesehensten Organe der deutschen Presse haben anerkennend und beherzigend das kulturelle und wirtschaftliche Leben unserer gar oft veranletzte Provinz dargestellt und ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die geistigen und materiellen Beziehungen zwischen dem Osten und Westen Deutschlands immer reger und inniger wurden. Die Verkehrsbeziehungen haben mittelbar manchen Gebieten und Bestrebungen einen neuen Aufschwung gegeben, und direkt haben wohl die Erfolge der diesjährigen Gewerbeausstellung in Berlin die Idee veranlaßt, mit der im nächsten Jahre hier stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellung auch die Erzeugnisse unseres Gewerbestandes zur Schau stellen. Kaufmann Budtke regte zuerst diese Idee an und unternahm sofort, ohne Kosten und Mühen zu scheuen, alle Schritte, welche für die Verwirklichung derselben zuerst zu thun waren.

Die ursprüngliche Absicht, mit der landwirtschaftlichen Ausstellung eine lokale Gewerbeausstellung zu verbinden, um durch diese die Leistungsfähigkeit der bromberger Gewerbetreibenden darzuthun, mußte fallen gelassen werden, weil sich der landwirtschaftliche Provinzialverein dem Projekt einer gemeinsamen Ausstellung gegenüber insofern ablehnend verhielt, als er ein gemeinschaftliches Zusammenwirken und die gegenseitig ergänzenden Vorbereitungen zu einer solchen Ausstellung von der Hand wies.

In einer von Herrn Budtke berufenen Versammlung von Interessenten und Gewerbetreibenden am 5. Septbr. war die Veranstaltung einer Gewerbeausstellung in Bromberg beschlossen und die regste Theilnahme an derselben in Aussicht gestellt worden. Ein aus 5 Personen gewähltes Komitee wurde mit der ferneren Leitung der Angelegenheit betraut. Die Idee einer solchen anfangs nur für die lokalen Verhältnisse intendierten Ausstellung fand aber in weiteren Kreisen so freundliche Aufnahme, daß sich bald eine Anzahl auch von Großindustriellen unserer Provinz dafür interessirte und in einer am 20. September abgehaltenen Versammlung sich für eine Erweiterung der ursprünglichen Grenze aussprach. Analog dieser Erweiterung entschied sich denn auch die am 23. September d. J. stattgehabte Versammlung für eine „Provinzial-Gewerbe- und Industrie-Ausstellung der Provinzen Posen und Westpreußen“, und wählte als Ausstellungs-Komitee folgende Herren: Bürgermeister Bachmann, Brauereibesitzer Leue, Zimmermeister Maas, Regierender - Bauarchitekt Reichert, Fabrikbesitzer Peterson, Stadtrath Buchholz, Fabrikbesitzer Schramm, Stadtrath Friedländer, Stadtbauarchitekt Vinde, Bergwerksbesitzer L. Levy, Redakteur Münch und Kaufmann Budtke, welche die Herren Regierender Stadtrath Schmidt, Assistent Merres, Kaufmann Dübeler und Zuckersieder-Direktor Reimann (Amsee) kooptirten. In den geschäftsführenden Ausschüssen sind die Herren Leue, Vorsteher (zugleich Vorsitzender des ganzen Komitees), Budtke, Levy und Schramm gewählt, Stadtrath Friedländer zum Schatzmeister, Redakteur Münch zum Schriftführer designirt worden. Der Thätigkeit des Komitees, welches sich seiner Aufgabe mit regem Eifer widmete, entstanden insofern steigende Schwierigkeiten, als sich unerwartet das Interesse auf immer weitere Kreise übertrug und einerseits die Nothwendigkeit nahe lagte, bezüglich der herzustellenden Baulichkeiten die Anfangs bescheidene Basis zu verlassen und dem Unternehmen eine angemessene größere Ausdehnung zu geben, andererseits das persönliche Risiko der Komitemitglieder trotz der namhaften Zeichnungen zum Garantiefonds in erhöhtem Maße in Anspruch nahm.

Nachdem unter solchen Verhältnissen die zur Ausstellung etwa geeigneten Plätze und Lokalitäten einer besonders sorgfältigen Prüfung unterzogen und gleichzeitig Unterhandlungen bezüglich einer Erwerbung von Baulichkeiten der Berliner Ausstellung angeknüpft worden waren, gelang es unter Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten, das ca. 5000 Quadratmeter bedeckten Raumes umfassende Hauptgebäude für den außerordentlich mäßigen Preis von 18,000 Mark zu akquiriren und den sehr geeigneten rechtlichen Platz an der Danziger Chaussee für die Ausstellung zu gewinnen.

Soweit sind alle Vorbedingungen vorhanden, um eine Ausstellung ins Leben zu rufen, welche für die Bedeutung des Gewerbebetriebes auch im Osten Deutschlands einen glänzenden Beweis geben kann. Die günstige Lage Brombergs im Centrum der Provinzen Posen und Westpreußen, die hier sich kreuzenden Bahnverbindungen nach allen Richtungen lassen naturgemäß auch eine sehr rege Theilnahme für die Ausstellung erwarten, und es ist nicht zu zweifeln, daß unsere Gewerbetreibenden sich bemühen werden, aller Welt die Mannigfaltigkeit und Leistungsfähigkeit des gar oft unterschätzten deutschen Gewerbestandes im Osten darzuthun.

Aus dem Gerichtssaal.

— 3 — Posen, 17. November. [Schwurgericht.] Bei Weitem nicht vermochte das allerdings an etwas beschränktem Raumverhältnissen laborierende Auditorium des Schwurgerichtssaales die dichtgedrängten Massen des Zuhörerpublikums in sich aufzunehmen, welches am Tage der Sonnabendssitzung bereits vom frühen Morgen an in das neue Landgerichtsgebäude herbeigeströmt war und soweit es nach Lösung der erforderlichen Entreearten Zutritt in das Innere des Saales erlangen konnte, hier Kopf an Kopf stehend mit fast athemloser Spannung und Aufmerksamkeit dem Verlauf der Verhandlung folgte, welche die Thätigkeit des Schwurgerichts mit kurzer Unterbrechung bis gegen 7 Uhr Abends in Anspruch nahm. Neugierde, geweckt durch die hervorragend lokalen Beziehungen und Interessen der vorliegenden Anklagefrage war wohl insbesondere der Beweggrund, welcher den größeren Theil der zahlreichen Zuhörerschaft herbeigelockt hatte, aber in nicht geringem Maße vielleicht auch Theilnahme an dem Schicksale der Person, welche noch vor Kurzem maßlos im Kreise ihrer Mitbürger den Ruf eines wohl situirten, mit Glücksgütern reich-gelegneten Mannes genoß und sich nunmehr gegen die Beschuldigung, eines der schwersten Verbrechen, welches unser Straf-Rodex und die allgemeine Rechtsanschauung des Volkes kennt, begangen zu haben, vor den Geschworenen zu verantworten hatte. Der Mann, den wir auf der Anklagebank vor uns sehen, ist der frühere Hotel-Besitzer, Rentier Leopold Tilsner und ihm legt die Anklage zur Last, am 13. März 1879 zu Posen vor dem hiesigen königl. Kreisgerichte in der Bagatelldiebstahl des Kaufmanns W. Smieszek wider den Konsistorialbeamten Adolf Lange wissenschaftlich ein falsches Zeugnis mit einem Eide bekräftigt zu haben. Was wir in Verfolg der Verhandlung aus der Beweisaufnahme, den eingehenden Plaidoyers der Rechts-

anwaltschaft und Verteidigung, welche, wie bereits gemeldet, in den bewährten Händen des Rechtsanwalts Goltzhoff aus Berlin ruhte, sowie aus dem Refus des Herrn Vorsitzenden entnommen haben, gestaltet sich in knappen Umrissen zu folgendem Ergebnis des Sachverhalts: Der bereits oben erwähnte Konsistorialbeamte Lange war auf Grund eines mündlichen Vertrages zu dem Angeklagten in das Verhältniß eines Miethers getreten und die in dem zu Jersyce belegenen Hause des z. Tilsner befindliche Balkonwohnung des ersten Stockwerks für die Zeit vom 1. April 1878 bis dahin 1879 mit der angeblich besonderen Vereinbarung, daß dem Miether die Befugnis zustünde, die gedachte Wohnung zu jeder Zeit verlassen zu können, sobald in seiner Stellung als Beamter eine Veränderung eintreten sollte. Diese Nebenbestimmung des Miethsvertrages fand in dem Umstande ihre Motivierung, daß Lange sich gerade damals um eine vakante Bürgermeisterei bewarb. Der Angeklagte indes stellte diese Nebenbestimmung so dar, daß sein Miether nur für den Fall einer Verziehung nach außerhalb der Berechtigung haben sollte, ohne Weiteres die in Rede stehende Wohnung aufgeben zu dürfen. Lange bezog die Wohnung am 1. April 1878, schickte jedoch bereits im darauf folgenden Monat seinem Vermiether eine schriftliche Aufkündigung derselben zu, welche er dadurch motivirte, daß er dieselbe wegen zu großer Entfernung von seinem Bureau — er hatte nämlich inzwischen eine Anstellung bei dem hiesigen erzbischöflichen Konsistorium erlangt — für Ende des nächsten Quartals zur Disposition Tilsners stellen müsse. Lange läßt sich dahin aus, daß der Angeklagte nur wenige Tage nach erhaltener Kündigung in Abwesenheit ihres Eheannes in ihrer Wohnung erschienen wäre und ihr in unwilliger und erregtem Tone bedeutet hätte, sie könne ihrem Manne nur sagen, daß wenn er durchaus darauf bestünde, er sofort die Wohnung verlassen könne. Frau Frau Lange machte auch alsbald ihrem Ehemanne von der Aeußerung des Angeklagten Mitteilung. Auf Grund dieser an seine Frau gerichteten Worte des Angeklagten giebt Lange an, hätte er sich mit vollem Recht für befugt gehalten, die Wohnung zu Tilsners ausgeben zu dürfen, und dies führte er denn auch aus, indem er Ende September aus dem Hause des Tilsner auszog und dem Letzteren die Schlüssel der bisher innegehabten Wohnung überlieferte. Gleichwohl war Tilsner der Ansicht, daß Lange noch für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April 1879 an den Miethsvertrag gebunden wäre und übereignete die ihm angeblich für diese Zeit noch gegen Letzteren zustehende Miethsfordernung im Laufe des Oktober 1878 durch Cession an den Agenten W. Smieszek, welcher im Januar d. J. die cedirte Forderung beim hiesigen Kreisgericht gegen Lange einlegte und sich zum Beweise der Klagebehauptungen auf das Zeugnis des Angeklagten berief. Der Verklagte erhob zunächst den Einwand, daß hier eine Scheincession ohne Zahlung der Valuta vorläge und berief sich sodann auch auf die Aeußerungen, welche der Angeklagte seiner Ehefrau gegenüber gethan haben sollte und die ihm zum Verlassen der qu. Wohnung vollkommen berechtigt hätten. Außerdem wendete er ein, benutze Tilsner die in Rede stehende Wohnung selbst, indem er kurze Zeit nach erfolgter Räumung derselben einen Ofen darin habe setzen und die Zimmer durch seinen Hausknecht habe reinigen lassen. Am 13. März d. J. erfolgte die Vernehmung des Angeklagten in der Prozeßsache Smieszek wider Lange und hierbei legte derselbe ein eidliches Zeugnis dahin ab, daß er die Aufkündigung des Miethsvertrages seitens des Lange seinerseits nicht akzeptirt, dies auch der Ehefrau desselben mit dem Bemerkten angekündigt habe, daß er nach Ablauf der vertragsmäßigen Miethszeit es gerne sehen würde, wenn Lange aus der Wohnung ausjüge. Die ihm gegen Letzteren zustehende Miethsfordernung habe er dem Agenten Smieszek abgetreten, ohne für deren Sicherheit Gewähr zu leisten, niemals aber habe er die qu. Wohnung benutzt. In diesem Zeugnis des Angeklagten, insbesondere bezüglich der letzten Angabe, findet die Anklage den Thatbestand des wissentlichen Meineids konsumirt, indem sie zur Begründung desselben folgendes behauptet: Gegen Ende November vorigen Jahres habe die Trauung einer Tochter des Angeklagten stattgefunden, und zu diesem Zwecke habe der Letztere bereits längere Zeit vor dem Trauungstage die erforderlichen Vorkehrungen für die Hochzeitsfeier getroffen und unter Anderem auch die leer stehende Lange'sche Wohnung zur Aufnahme des neuvermählten Ehepaares und einiger anderer Familienmitglieder reinigen und in Stand setzen lassen, indem beide Zimmer der Wohnung vollständig ausmüblirt, insbesondere mit Bettstellen und Betten versehen und Gardinen an den Fenstern angebracht worden wären. Der Angeklagte selbst sei zu wiederholten Malen während dieser Instandsetzung der gedachten Wohnung erschienen, um das Arrangement der Möbel in Augenchein zu nehmen und verbessernde Anordnungen zu treffen, wie er denn auch zur Zeit der Hochzeitsfeier seine Gäste in die zu ihrer Aufnahme bestimmten Zimmer der Lange'schen Wohnung eingeführt hätte. Während der Hochzeitsfeier hätte das junge Ehepaar in der Balkonstube und ein Sohn des Angeklagten in der Küche dieser Wohnung logirt. Der lehterwähnte Sohn des Angeklagten habe aber sogar einige Wochen lang in der Lange'schen Wohnung trans daniebergerlegen, während welcher Zeit der Hausknecht seine Schlafstelle in der Küche dieser Wohnung hätte aufschlagen müssen, um zur Pflege des Kranken bei der Hand zu sein. Diese von der Anklage vorgeführten Umstände sind im Wesentlichen durch die vernommenen Belastungszeugen bestätigt worden, die Verteidigung führte indes in längerer, juristisch scharfsinniger, und systematisch, wie logisch wohlgeordneter Rede aus, daß, da sich das dem Angeklagten zur Last gelegte falsche Zeugnis in der Hauptsache nur auf die Aussage desselben bezüglich des „Benutzens“ der fraglichen Wohnung beziehe, es vor Allem nicht darauf ankommen könne, welche Deutung man im gewöhnlichen Leben oder gar im juristischen Sinne, dem Begriff „Benutzen“ gäbe, sondern was sich die Auffassung des Angeklagten entsprechend seiner individuellen Kapazität, an die man vielleicht nicht das Normalmaß der durchschnittlichen menschlichen Begabung legen dürfte, — was sich also der Angeklagte selbst unter Zuhilfenahme der ihm von der Natur verliehenen Verstandesgaben unter diesem „Benutzen“ der Wohnung überhaupt vorstellte, und insbesondere im Momente der Eidesleistung vorgestellte hätte. Der Angeklagte hätte, geleitet von einem Begriffsvermögen, dessen Spannkraft durch die vielleicht nicht sehr weiten Grenzen seines Horizonts in einem gewissen, nicht kritisirbaren Grade an der freien Bewegung und Ausdehnung behindert sein möchte und sich auch in der Lösung von Problemen oder gar Interpretation von juristischen Begriffen nicht hinreichend genug versucht haben dürfte, dem Begriff und Ausdruck „Benutzen“, „be“ nicht die Deutung beigelegt und die Kriterien darunter subsumirt, welche die allgemeine Rechtsanschauung des Laienvolkes und der geübte und geschärfte Sinn des Rechtskundigen dabei vor Augen haben; der Angeklagte hätte sich unter dem „Benutzen“ ein „Nutznießen“, eine „Nutznießung“ vorgestellt, welche er an der fraglichen Wohnung gehabt haben möchte, und eine solche Nutznießung hätte derselbe durch den Gebrauch der Zimmer zum Zwecke der Unterbringung seiner Familienmitglieder und Gäste in Wirklichkeit doch nicht gehabt. Zudem hätte dem Angeklagten bei seiner Zeugenvernehmung, auch der Umstand vorge-schwebt, daß ja er selbst die in Rede stehende Wohnung in der fraglichen Zeit in seiner Beziehung für sich persönlich verwendet habe, sondern nur andere Personen. In dem Vernehmungs-Termine hätte der Angeklagte auch dem Richter gegenüber von der vorübergehenden Benutzung der Lange'schen Wohnung Erwähnung gethan, weshalb es die Pflicht des betreffenden Richters gewesen wäre, dem Angeklagten vor seiner Eidesleistung eine detaillierte Interpretation des Begriffs „Benutzen“ zu machen, worauf Ersterer jedoch offenbar zu wenig Gewicht gelegt hätte. Die Staatsanwaltschaft entwickelte gleichfalls in längerem, äußerst eingehendem Vortrage die Reihe der belastenden Momente, betonte vor Allem, daß nicht der geringste Zweifel obwalten könnte, daß das von dem Angeklagten abgelegte Geständnis im Allgemeinen, insbesondere aber bezüglich des Benutzens der Lange'schen Wohnung ein falsches, also ein Meineid wäre, daß man dem Angeklagten aber auch unzweifelhaft die Wissentlichkeit desselben imputiren könne und müsse, ihm die Fähigkeit einer richtigen Auffassung des Begriffes „Be-

nutzen“ durchaus nicht absprechen dürfe, der Angeklagte daher unbedingt einen wissentlichen Meineid geleistet haben. Der Gerichtshof legte den Geschworenen sowohl die Frage vor, ob ein wissentlicher, als auch die, ob ein fahrlässiger Meineid vorläge. Beide Fragen wurden aber, wie wir bereits berichtet haben, durch das Verdict der Geschworenen verneint und somit sah sich der Gerichtshof veranlaßt, die Freisprechung des Angeklagten zu verkünden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Weibliche Dämonen. Roman in zwei Theilen von Adolf Glaser. Berlin. S. Fren. Ein spannender Roman, der in den verschiedensten Kreisen der Gesellschaft spielt und ganz auf modernen Verhältnissen beruht. Was der Verfasser mit dem Titel angedeutet, bezieht sich auf zwei Frauengestalten, von welchen die eine alle Schranken edler Weiblichkeit durchbricht und so lange überall einen unheilvollen Einfluß ausübt, bis die rächende Vergeltung sie ereilt, während die andere in stiller Opferwilligkeit und wahrer Treue die schwersten Prüfungen besteht, ohne ihren eignen Werth zu ahnen. Um diese beiden Hauptgestalten gruppiren sich Männer und Frauen aus allen Ständen und Lebensaltern, theils handelnd, theils leidend, verbunden durch die Tendenz des Werkes, welche darin ausgedrückt ist, daß die Frauen auf unser sittliches Leben von bestimmendem Einflusse sind. Trotz dieser ernsten Grundgedanken lieft sich das Buch sehr gefällig und ist reich an fesselnden, ernsten und humoristischen Situationen.

Verantwortlicher Redakteur: v. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Mg. Ueber die Witterung des Oktober 1879.

Der mittlere Barometerstand des Oktober beträgt nach 32jährigen täglich drei Mal, des Morgens um 6 Uhr, des Mittags um 2 Uhr und des Abends um 10 Uhr in der Stadt Posen angestellten Beobachtungen: 27° 11' 32" (Pariser Zoll und Linien). Der mittlere Barometerstand des vergangenen Monats war: 27° 10' 69", war also nur um 0° 63" niedriger, als das berechnete Mittel.

Der vergangene Oktober gehörte in Folge der vorherrschenden West- und Nordwestwinde zu den milderen seit 1848. Der Himmel war meistens trübe, die mittlere Temperatur fiel nur wenig unter das 32-jährige Mittel, und nur am 16., 17. und 18. zeigte das Thermometer des Morgens 6 Uhr unter Null. Das Barometer fiel vom 1. Morgens 6 Uhr bei SO. von 28° 1' 25" auf 27° 9,03", hob sich bei SW. und NW. und trübtem Himmel bis zum 9. Morgens 6 Uhr auf 28° 2' 23", fiel, während der W. und NW. täglich etwas Regen brachten, bis zum 15. Morgens 6 Uhr auf 27° 5' 86", hob sich bei NW. bis zum 16. Abends 10 Uhr auf 27° 11' 85", fiel dann bei mäßigem West und Regen bis zum 20. Mittags 2 Uhr rasch auf 27° 1' 27", hob sich bei heftigem West bis zum 21. Abends 10 Uhr auf 27° 5' 08", dann bei SO. und O. bis zum 28. Mittags 2 Uhr weiter auf 28° 2' 26" und fiel darauf bei O. und NW. bis zum 31. Abends 10 Uhr auf 28° 1' 02".

Am höchsten stand es am 28. Morgens 6 Uhr: 28° 2' 38" bei SO., am tiefsten am 20. Mittags 2 Uhr 27° 1' 27" bei mäßigem SW.; mithin beträgt die größte Schwankung im Monat 13° 11', die größte Schwankung innerhalb 24 Stunden: + 5° 85" durch Steigen vom 21. zum 22. Mittags 2 Uhr, während der Wind von NW. nach SW. herumging.

Die mittlere Temperatur des Oktober beträgt nach 32jährigen Beobachtungen + 7° 05" Reaumur, ist also um 3° 85" niedriger als die des September; die mittlere Temperatur des vergangenen Monats war + 6° 60", blieb also nur um 0° 45" unter dem Mittel.

Die mittlere Tageswärme fiel vom 2. bis 5. von + 10° 80" Reaumur auf + 8° 17", stieg darauf bis zum 7. auf + 9° 13", fiel bis zum 11. auf + 6° 03", stieg bis zum 13. auf + 8° 13", fiel bis zum 17. auf + 0° 47", hob sich bis zum 20. auf + 8,00, fiel bis zum 23. auf + 4° 93, stieg bis zum 27. auf + 7,87 und fiel bis zum 31. auf 5,50 Grad Wärme.

Am höchsten stand das Thermometer am 2. Mittags 2 Uhr: + 14° 6 bei SO., am tiefsten am 18. Morgens 6 Uhr: — 2° 0 bei schwachem Ost.

Aus den im Oktober beobachteten Winden:

N.	2	O.	5	S.	2	W.	26
NO.	0	OSO.	4	SSW.	1	WNW.	14
ND.	0	SD.	12	SW.	7	WW.	16
ONO.	0	ESO.	2	WSW.	0	WNW.	0

ist die mittlere Windrichtung von Süd 88° 27' 33" zu West berechnet worden.

Die Niederschläge betrugen an 9 Regentagen und 4 Tagen mit geringem Regen 110,0 Kubitzoll auf den Quadratfuß Land, so daß die Regenhöhe auf 8" 33" stieg. Das größte Tagesquantum fiel am 14. und betrug 38,5 Kubitzoll auf den Quadratfuß.

Es wurden 3 Nebel, 3 Mal Reif, und am 2. Abends 10 Uhr ein großer Hof um den Mond beobachtet. Kein Tag war wolkenlos. Das Mittel der Luftfeuchtigkeit war des Morgens 6 Uhr 89 Prozent, des Mittags 2 Uhr 69 Prozent, des Abends 10 Uhr 85 Prozent und im Durchschnitt 81 Prozent der Sättigung. Der mittlere Dunstdruck (der Druck des in der Luft enthaltenen Wasserdampfes) betrug 2" 96; mithin der Druck der trockenen Luft allein 27" 7" 73.

Tafelglas in allen Sorten empfiehlt

M. Nowicki & Grünastel, Jesuitenstraße 5.

Tafelglas-Handlung, Glaserie und Bilderrahmen-Fabrik.
Spezialität für Bildereinrahmung.

Huste-Nicht

Donig - Kräuter - Malz - Extract

und Caramellen von L. R.

Piotsoh & Co. in Breslau.

Sicherste Mittel gegen Husten, Catarrh, Heiserkeit, entzündliche Zustände der Lungen und Entzündungen, Verschleimung der Athmungs-Organe etc. Dieselben sind auf das Dringendste zu empfehlen und verdanken ihre wunderbaren Erfolge der naturgemäßen Wirkung ihrer heilkräftigen Bestandtheile.

Engros-Verkauf (in Originalflaschen und Packeten) in Posen bei Krug & Fabritius, 1) Breslau bei 10/11, 2) St. Martin Nr. 52/53, 3) Halldorfstraße 38, in der Brandenburg'schen Apotheke; in Schrimm bei Mallaski & Co.; in Pilsch bei R. Zeldner; in Grätz bei A. Unger; in Wologowitz bei St. Baranowski.

Vom Bichterliche. Die Krankheiten des Saares und der Kopfhaut, sowie die rationelle Pflege des gesunden und kranken Saares sind bisher noch nie in so sachverständiger, eingehender klarer Weise behandelt worden, als in dem Original-Neuwerk „Der Saarschwund“, verfaßt und in 100ster Auflage herausgegeben in deutscher und französischer Sprache von Herrn Edmund Bühlig in Leipzig, Pfaffenburgerstraße 22, part., welcher seit vielen Jahren als Autorität in diesen Spezialfächern gilt. Das Werk selbst ist mit großer Fachkenntnis so hochinteressant und belehrend geschrieben, daß wir nur jedem Menschen, welcher ein derartiges Leiden besitzt, oder zu besitzen glaubt, anrathen können, sich dasselbe vom Verfasser kommen zu lassen, zumal das Werk in coulantester Weise, auf franco Verlangen gegen Retourmarke nach allen Welttheilen gratis und franco versandt wird.

Handelsregister.

In unser Handelsregister zur Eintragung der Auslieferung der ehe- lichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 599 zufolge Verfügung vom 17. November 1879 heute eingetragen, daß der Kaufmann **Hiller Gensler** zu Posen für seine Ehe mit **Caroline Eipichig** zu Posen durch Vertrag vom 11. November 1879 die Gemeinschaft der Güter und des Gewerbes aus geschlossen hat.
Posen, den 17. November 1879.
Königl. Amts-Gericht.
Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Bei der am 30. Juli 1877 in **Garfsee**, Regierungsbezirk **Marie nwerder**, stattgehabten Feuersbrunst sind dem Kaufmann **Joseph Behrendt**, gegenwärtig zu **Gradenz** wohnhaft, muthmaßlich die Pfand- briefe des neuen landständischen Creditvereins für die Provinz **Posen**, Serie III. Nr. 11,976 und 12,484 über je 100 Thaler = 300 Mark verbrannt.
Auf den Antrag des Kaufmanns **Joseph Behrendt** werden daher die etwaigen Inhaber dieser Pfandbriefe aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem am

20. September 1882,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Amtsgerichte, im Amtsgerichtsgebäude am Sapieha- platz, Zimmer Nr. 5 anberaumten Termine anzumelden und die Pfand- briefe vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der gedachten Pfandbriefe erfolgen wird.
Posen, den 11. November 1879.
Königliches Amtsgericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kauf- manns **Samuel Neumann** zu Posen, Alter Markt Nr. 67, ist heute am 17. November 1879, Nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Auktionscommissarius **Ludwig Manheimer** hier ist zum Konkurs- verwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 7. Januar 1880 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Befestigung eines Gläubigeraus schusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegen- stände — auf den

Stechbrief.

Gegen den Fleischergehilfen **Carl Brunsch**, welcher in den Jahren 1866 bis 1868 bei der 1. Comp., 1. Niederschles. Infanterie - Regiments Nr. 46 in Posen gedient hat, schreibt wegen schweren Diebstahls Vor-Untersuchung. Es wird er sucht, denselben zu verhaften und in das Amtsgerichts - Gefängnis hier selbst abzuliefern.
Bunsch ist etwa 5 Fuß, 6 Zoll groß, hat blondes Haar, **z-beinig**, mit wenig Zähnen versehen, und deshalb schlechter Sprache. Ferner trug derselbe früher einen etwas blonden Bardenbart.
Neumarkt, den 17. Nov. 1879.
Königl. Amtsgericht.

Oberschlesische Eisenbahn.

Vom 1. Januar f. Js. ab treten an Stelle der bisherigen Lokaltarif- säge in folgenden Relationen erhöhte Frachtsätze für Getreide, Hülsen- fruchte und Oel samen bei Auslieferung von mindestens 10,000 Kgr. pro Wagen in Kraft und zwar pro 100 Kgr. zwischen Breslau und
Sosenowice loco . . . 0,81 Mk.
Sosenowice transito . . . 0,75 "
Karoline grube . . . 0,85 "
Rattowitz . . . 0,78 "
Schwientochlowitz . . . 0,78 "
Morgenroth . . . 0,78 "
Ruda . . . 0,78 "
Zabrze . . . 0,78 "
Zabrze, Coalsanität 0,80 "
Gleiwitz . . . 0,78 "
Gleichzeitig werden die bestehenden Ausnahmefälle im Verlehr zwischen vorgenannten Stationen und Noth- fällen, Wäldchen, Strehlen und den nördlich von Breslau gelegenen Sta- tionen entsprechend regulirt be- stimmt.
Breslau, den 15. Novbr. 1879.
Königliche Direction.

Oberschlesische Eisenbahn.

Mit dem 31. Dezember c. wird die im diesseitigen Lokaltarife so- wie im Nachbarverkehr mit der Kö- niglichen Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, Odbahn und Halle-Sorau-Gubenener Bahn widerrechtlich ein- geführte Bestimmung, daß für Vieh- sendungen bei Bestellung von zwei einbändigen Wagen anstatt eines Tragewagens die Fracht für einen Tragewagen zur Berechnung gelangt, aufgehoben und erfolgt von da ab die Frachtberechnung stets nach dem Flächenraum der zum Transport benutzten Wagen.
Breslau, den 16. November 1879.
Königliche Direction.

Wicitation.

Die von den Kahn- und Masten- trahn-Reparaturen übriggebliebenen alten Hölzer, Bohlen p. p. sollen im Wege der öffentlichen Wicitation meistbietend verkauft werden, und steht auf
Montag,
den 24. November cr.,
Vormittags 10 Uhr,
in **Verlach's** Gasthause auf dem **Verdshower Damm** hier selbst Verkaufstermin an. Die Hölzer liegen theils am Mastentrahn am **Verdshower Damm**, theils auf dem Zimmerplatz des **Schiffbauers Sommer**, Schiffersstr. 13.
Posen, den 18. November 1879.
Die Wasserbau-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Zur Einrichtung von 9 Kammern in Remise Nr. 1 des unterzeichneten Depots sollen die Arbeiten, welche incl. Materiallieferung auf 1829,99 Mk. veranschlagt sind, im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.
Zu diesem Behufe ist ein Termin auf

Donnerstag,
den 27. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
festgesetzt worden.

Die Bedingungen nebst Zeichnung können im Bureau des Depots wäh- rend der Dienststunden, Vormittags zwischen 8 und 12 Uhr und Nach- mittags zwischen 3 und 6 Uhr ein- gesehen werden.
Offerten hierauf sind versiegelt, portofrei und mit der Aufschrift „Offerte auf Einrichtung von Kam- mern in Remise 1“ bis zum oben genannten Termine hierher einzu- reichen.
Posen, den 18. November 1879.
Train-Depot 5. Armee-Corps.

Bekanntmachung.

Nach den Bestimmungen der Kirchen-Gemeinde-Ordnung finden im Laufe des Monats **November** die Anmeldungen zur Wählerliste statt. Wir machen in Folge dessen diejenigen unserer Gemeinde-Mit- glieder, welche sich noch nicht ange- meldet haben, darauf aufmerksam, daß diese Anmeldungen an jedem Sonntage im **November** unmittel- bar nach dem Vormittags-Gottes- dienste in der Sakristei der Kirche, und an den Wochentagen im Amts- zimmer der Gemeinde, Mühlensstr. 25, 2 Treppen, in den Vormittagsstun- den von 9 bis 11 Uhr entgegen- genommen werden.
Der Gemeinde-Kirchenrath
von St. Pauli.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse beginnen Montag 6. Oktober.
Pension. Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Thello.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 1. Januar 1880 tritt für die Beförderung von Leichen, Fahr- zeugen und lebenden Thieren im diesseitigen Lokaltarife unter Auf- hebung des Tarifs vom 15. August 1877 nebst sämtlichen Nachträgen ein neuer Tarif mit theilweise neuen bezw. geänderten Transportbedin- gungen und zum Theil erhöhten bezw. ermäßigten Sätzen in Kraft.
Exemplare des neuen Tarifs sind von Anfang **Dezember** cr. ab bei unseren Stationskassen zum Preise von 0,75 Mark zu haben. Bis da- hin wird unser Verkehrsbureau über denselben auf etwaige Anfragen Auskunft ertheilen.
Breslau, den 15. November 1879.
Königliche Direction.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 31. Dezember d. J. treten der Stettin-Schlesische Verbandtarif v. 1. Dezember 1877 mit Nachträgen und der Stettin-Niederschlesische Verbandtarif vom 1. Dezember 1877 mit Nachträgen vollständig außer Kraft. An deren Stelle wird mit Gültigkeit vom 1. Januar 1880 ein neuer Stettin-Schlesischer Verbands- tarif mit theilweise ermäßigten, theil- weis erhöhten Sätzen herausgegeben.
Exemplare desselben sind vom 20. Dezember d. J. ab bei den Stations-Kassen käuflich zu haben. Inzwischen wird unser Verkehrs- bureau über die Höhe der Sätze Auskunft ertheilen.
Breslau, den 17. November 1879.
Königliche Direction der
Oberschlesischen Eisenbahn als
geschäftsführende Verwaltung.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Freitag, den 21. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal des Wilhelm- straße 31 (Landgerichtsgebäude) ver- schiedene Gegenstände, darunter gol- dene Damenuhren, goldene und sil- berne Herrenuhren u. s. w. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zah- lung versteigern.
Glominski,
Gerichtsvollzieher.

Dom. Bogdanowo per

Obornik hat noch einige rein- blütige
**Southdown-
desgleichen
Cotswold- und
Southdown- mit
Hampshirekreuzungs-Böcke**
abzugeben.
100 fette Hammel verkauft Dom. Bogdanowski b. Posen, Mehlich.

Gelegenheitskauf!

25 englische Briefbogen nebst
Converts in eleg. Carton
nur 30 Pfg.,
dieselben mit farbig. Monogramm
nur 60 Pf.
empfehl, so lange der Vorrath
reicht.
Julius Busch,
Papierhandlung,
Wilhelmsplatz Nr. 10.

Schwedische

Jagdstiefelschmiere,
echten Berger Thran, Baumöl, Leder-
lad für Verdecke und Geschirre
empfehl
J. Schleyer,
Breitenstraße 13.

Wilhelms-

plaz 6 Ausverkauf
von feinem
**Winter-
obst,** Eingang vom Hausflur.

Reines Gänsefischmalz

von feinstem Geschmack in
Fäßchen von Netto 9 Pfd.,
à 1 Mk. franko per Post
versendet **Carl Schumann** in
Rügenwalde.

Ein feines gut erhalt. Tafel-

Instrument ist billig zu verkaufen.
F. Witke,
Restaurateur, Schwerfenz.
Meiner geehrten Kundschaft mache
bekannt, daß ich Cigarren noch zu
den früher gebabten Preisen liefere
und empfehle:
Havanna-Cigarren,
sehr feine à Mille 60, 75, 90—120 M
Unsortirte Havanna à Mille 55 M
Echte Cuba-Cigarren in Originalbaf-
fadeten zu 250 Stück à Mille
60 Mark.
Manilla-Cigarren à Mille 60 Mark.
Havanna-Auswurf-Cigarren in Ori-
ginalbafaden zu 500 Stück à Mille
39 Mark.

Salon-Cigaretten

mit Tabak-
à Mille 30 Mark. Aroma, Ge-
schmack vorzüglich. 500 Stück
senbe franco, gegen postfreie
Geldsendung.
A. Gonschior,
Breslau, Weidenstraße 22.

Schlesische Wallnüsse

in vorzüglicher Qualität empfehl
in Postpaketen à Schod 25 Pf., bei
Posten billiger.
Max Horn,
Grünberg i. Schl.

Lampen! Lampen!

Totaler Ausverkauf.
Hängelampen mit Zug.
Kronen und Tischlampen 2c.
Wiederverkäufer haben beson-
dere billige Gelegenheit.
M. Bendix, Wasserstr.

Monogramme

auf gutem engl. Briefpapier
mit Converts in elegantem
Karton à 50 Pf. bis 1 M. 50 Pf.,
zu Gelegenheiten geeignet, empfehl
C. W. Kollschütter.
Ganze Kollektionen mit 1 und
2 Buchstaben sind stets vorrätzig.

Für Stellmacher.

Birkenes Schirrholz gegen
Cassa franco Bahnhof Pude-
witz zu verkaufen.
Dom. Rybno saw.,
Welnau.

Bekanntmachung.

Der Neubau eines klassifigen Simultan-Schulhauses hier selbst, der dazu gehörigen Stallungen, Appartements, eines Brunnens, sowie die innere Einrichtung der Klassenzimmer und die Umwahrung des Gehöf- tes, soll vergeben werden.
Hierzu sind anschlagsmäßig erforderlich:
1) 213 Kbm. gesprengte Feldsteine und 20,52 Ird. Meter Gra-
nitschwellen,
2) 31 Mille Klinkersteine,
69 " Mauersteine I. Klasse
127 1/2 " " II. " "
26 1/2 " Dachsteine " I. " "
76 Stück Forststeine,
3) 16,33 Tonnen Portland-Cement,
4) 1108 Hftl. gelochten Kalk,
Veranschlagt sind:
1) a. Die Brunnenarbeiten incl. Material auf 1050,00 M.
b. Die Maurer- und Erdarbeiten excl. Material auf 4259,30 "
2) Die Zimmer-Arbeiten incl. Material . . . 8441,17 "
3) " Tischlerarbeiten . . . 5969,80 "
5) " Schmelde- u. Schlosserarbeiten incl. Material 1035,20 "
6) " Anstreicherarbeiten " " 604,18 "
7) " Töpferarbeiten " " 1270,10 "
8) " Klempnerarbeiten " " 328,50 "
9) " Dachdeckerarbeiten excl. " 92,26 "
Die Lieferungen und Arbeiten sollen im Wege der Submission in getrennten Loosen, oder aber im Ganzen vergeben werden.
Hierzu steht Termin auf
Dienstag, den 2. Dezember cr.,
Vormittags um 10 und resp. 12 Uhr,
im hiesigen Magistratsbureau an, wozu Unternehmer eingeladen werden.
Anschläge, Zeichnungen und Bedingungen liegen im hiesigen Ma-
gistratsbureau zur Einsicht offen.
Obornik, den 17. November 1879.

Der Magistrat.

Wegen Aufgabe des Geschäfts gänzlicher Ausverkauf
sämmlicher Waaren unterm Selbstkostenpreise.
Geschw. Beyer, Friedrichsstr. Nr. 1,
Putz- und Blumenhandlung.

Wiener eiserne Zimmer-Möbel

für Privatwohnungen u. Hotels,
von der einfachsten bis zur
elegantesten Ausstattung, Klei-
der-Ständer, Blumentische,
Fauteuils, Schaukelstühle,
Waschtoiletten, Ofenschirme 2c.
Ferner: Eiserne zerlegbare
Bettstellen mit vollen Blech-
wänden, mit u. ohne Matratze
in allen Façons, welche sich
durch große Leichtigkeit, Dauer-
haftigkeit und Eleganz aus-
zeichnen.
Die Lackirung sämmlicher Gegenstände ist höchst
sauber und jeder Holzart täuschend nachgeahmt, empfiehlt
zu Fabrikpreisen.
Illustrirte Preiscurante gratis und franko.
T. Krzyzanowski,
Allein-Verkauf der Wiener Eisenmöbel-Fabrik.

! Wichtig für Mühlen- und Fabrik-

besitzer!
Extincteurs zum Feuerlöschen,
patentirt Nr. 3775,
mit dem nöthigen Material für 6 Füllungen,
empfehlen
Orłowski & Co.,
Posen, Jesuitenstr. 1.

Oberhemden nach Maß gefertigt und französischem und ameri-

kanischem Façon gearbeitet, sowie **unübertroffen an**
gutem Sitz empfehl das Spezial-Magazin für Herren-
Artikel von
Siegfried Warschauer, Wilhelmsplatz 10.

Pferdedecken

in jedem Façon, sauber gearbeitet, empfehl
Siegfried Warschauer, Wilhelmsplatz 10.

Damen-Flanelle

zu Morgenkleidern in jedem beliebigen Quantum zu Fabrikpreisen
Muster franko.
R. Rawetzky, Sommerfeld.

Freitag den 21. Novbr.

bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen
großen Transport frischmellender
Neßbrücher Kühe nebst
den Kälbern
in **Keilers Hotel** zum Verkauf.
J. Klakow, Viehlieferant.

